



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 02.12.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:00 Uhr bis 19:40 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Birgit Marks
Torsten Radtke

Martin Sehrndt

Daniel Petzold
Dr. Bodo Meerheim

Dr. Silke Burkert
Melanie Ranft
Andreas Schachtschneider
Maximilian Kullack
Friedrich Lembergt
Detlef Prellwitz
Jenny Rudek

André Scherer
Martin Wiechmann

AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Vertreter für Herrn Heym
Teilnahme bis 19:16 Uhr
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Vertreter für Herrn Backmund
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Vertretung für Herrn Lange
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Hauptsache Halle
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
beratendes Mitglied
Sachkundige Einwohnerin
Teilnahme ab 18:00 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow
Alexander Frolow
Christian Hiepe
Annika Seidel-Jähnig

Susanne Schultze
Felix Bürger
Markus Petzold
Beate Erfurth
Charlize Meisner

Beigeordnete Bildung und Soziales
Leiter Fachbereich Bildung
Leiter Abteilung Schule
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
Soziales
Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Leiter Gebäudemanagement
Schulnetzplaner
Kitafachplanerin
stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Herr Senger
Frau Winter
Frau Seebauer
Herr Wussow

Elternschulsprecher
Schulelternratssprecherin KGS Hutten
Schulelternratssprecherin IGS am Steintor
Schulleiter KGS Hutten

Entschuldigt fehlten:

Claudia Schmidt
Paul Backmund
Carsten Heym
Patricia Fromme
Hendrik Lange
Friedemann Raabe

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger

Brigitte Knothe
Andreas Slowig
Nicole Esther Walldorf

Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde von der stellvertretenden Vorsitzenden, **Frau Melanie Ranft**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ranft wies auf folgende Ergänzungen hin:

TOP 7 Mitteilungen

Es gibt zwei neue Mitteilungen:

TOP 7.2 Vorlage: VIII/2025/01990

Dritte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 – allgemeinbildende Schulen

TOP 7.3 Vorlage: VIII/2025/02071

Mitteilung zur Veröffentlichung der „Richtlinie zur Bewilligung von kostenlosen Mittagessen (sog. Freitische) für Schüler und Schülerinnen allgemeinbildender Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Freitisch-Richtlinie -

Frau Dr. Burkert beantragte das Rederecht für Frau Winter, Herrn Senger, Frau Seebauer und Herrn Wussow. Dem Rederecht wurde einstimmig stattgegeben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, daher bat **Frau Ranft** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgenden Tagesordnung festgestellt:

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.11.2025

5. Beschlussvorlagen

- 5.1. Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) gemäß § 80 SGB VIII – Teilplanung: Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) 2025-2027
Vorlage: VIII/2025/01649

- 5.2. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 4.
Änderungssatzung der Aufnahmesatzung -
Vorlage: VIII/2025/01730

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen

- 7.1. Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VIII/2025/01849

- 7.2. Dritte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 – allgemeinbildende Schulen
Vorlage: VIII/2025/01990

- 7.3. Mitteilung zur Veröffentlichung der „Richtlinie zur Bewilligung von kostenlosen Mittagessen (sog. Freitische) für Schüler und Schülerinnen allgemeinbildender Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Freitisch-Richtlinie -
Vorlage: VIII/2025/02071

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Hans Christian Andersen – hier: Basketballkörbe und Fahrradbügel
Vorlage: VIII/2025/01952

9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

- Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
10.1. Niederschrift vom 04.11.2025

11. Beschlussvorlagen

12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

13. Mitteilungen

14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragestellerin 1 zur Schulplatzsituation

Die **Fragestellerin 1** führte aus, dass Eltern laut Rechtslage in Sachsen-Anhalt zur 5. Klasse die Schulform frei wählen dürfen. Durch das Losverfahren in Halle fühlen sich jedoch viele Eltern benachteiligt, weil es zu wenig Plätze an integrativen und kooperativen Gesamtschulen gibt. Sie wollte wissen, wie die Stadt Halle diesem Platzmangel durch die geplante Fusion entgegenwirken will.

Herr Hiepe erklärte, dass die Annahme eines generellen Platzmangels nicht bestätigt werden könne. Die Stadt wisse aktuell, ebenso wie die Eltern, noch nicht, ob ausreichend Plätze vorhanden seien. Um dies einzuschätzen, nutze man statistische Prognosen auf Basis der Anwahlzahlen der letzten vier Jahre. Die Ergebnisse seien in der Aufnahmesatzung dargestellt. Er betonte, dass Eltern laut § 34 ein Recht auf die gewählte Schulform im Rahmen der vorhandenen Kapazität haben und dass die Berechnungen der Stadt auf einer soliden Datenbasis beruhen.

Herr Petzold erklärte, dass zwei Themen getrennt betrachtet werden müssen. Zum einen geht es darum, ob genügend Plätze für alle anwählenden Sorgeberechtigten an Gesamtschulen vorhanden sind. Zum anderen geht es um die geplante Fusion. Diese Fusion hängt nicht mit einem Platzmangel zusammen. Sie erfolgt, weil die KGS von Hutten aufgrund zu geringer Schülerzahlen sonst nicht mehr bestandsfähig ist und die Stadt den Schulstandort trotzdem erhalten möchte. Zur Platzsituation sagte er, dass es mehr Anwahlen als Plätze an der IGS und KGS gibt. Die Stadt habe in den vergangenen Jahren versucht, mit Umwandlungen und Erweiterungen auf dieses Anwahlenverhalten zu reagieren, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Trotzdem gebe es genug Schulplätze, damit jedes Kind einen Platz entsprechend seines Bildungsziels erhalten kann. Die Prognoseverfahren der Stadt seien vom Land bestätigt und genau darauf ausgerichtet.

Die **Fragestellerin 1** erklärte, dass Eltern ihre Kinder nicht nur wegen des mittleren Bildungsabschlusses an einer IGS oder KGS anmelden. Viele Familien wünschen sich diese Schulform, weil sie ihren Kindern die Chance auf das Abitur mit einem Jahr zusätzlicher Lernzeit geben wollen. Sie betonte, dass Kinder unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten haben und dass auch Zuzug sowie durch den hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund der Bedarf an solchen Schulformen weiter steigt.

Frau Brederlow erklärte, dass in Sachsen-Anhalt mehrere Schulformen alle davon im Blick haben muss. Die Stadt stehe klar hinter der Schulform Gesamtschule und habe mehrfach versucht, zusätzliche Plätze zu schaffen, unter anderem durch Umwandlungen. Diese wurden jedoch vom Land abgelehnt, auch mit dem Hinweis, dass sonst andere Schulformen gefährdet würden. Sie betonte, dass die geplante engere Zusammenarbeit zwischen der IGS Am Steintor und der KGS von Hutten dazu dienen soll, die Gesamtschulplätze dauerhaft zu sichern. Die KGS Hutten sei gefährdet, weil die Schülerzahlen zu niedrig seien, und die Kooperation solle den Standort absichern. Sie widersprach der Aussage einer zunehmenden Landflucht und sagte, dass die Daten eher eine Stadtfucht zeigen, da Familien aufs Land ziehen. Zu den fehlenden Fachräumen sagte sie, dass der Hinweis berechtigt sei. Die Stadt müsse die Fachunterrichtsräume weiter ausbauen, damit sie den Anforderungen der Schule entsprechen.

zu 3.2 Fragesteller 2 zu den Schülerzahlen aus der Presseinfo

Der **Fragesteller 2** kritisierte, dass die Pressemitteilung die Kommunikation zwischen Schule und Schulträger einseitig darstelle. Er betonte, dass die Schule entgegen der veröffentlichten Zahlen in den vergangenen elf Jahren stets über 100 neue Fünftklässler gehabt habe. Zudem fragte er, warum mit aus seiner Sicht falschen Zahlen gearbeitet werde. Er erinnerte daran, dass negative Presse der Schulverwaltung in den letzten fünf Jahren dazu geführt habe, dass die KGS oft nicht als erste Wahl gewählt wurde, obwohl die Klassen anschließend regelmäßig aufgefüllt wurden. Abschließend hob er hervor, dass die Schule aktuell über 600 Schüler habe, und stellte erneut infrage, worauf die genannten Zahlen beruhen.

Frau Ranft erklärte, dass sie die Pressemitteilung kurz vorlesen wird, da offenbar nicht alle sie gelesen haben. Darin heißt es, dass am Standort KGS Hutten seit mehreren Jahren die Voraussetzungen nicht erfüllt seien und dass trotz 112 angebotener Plätze in 6 von 11 Jahren weniger als 100 Schüler eingeschult wurden. Sie übergab anschließend das Wort an Herrn Petzold.

Herr Petzold erklärte, dass die Schulentwicklungsplanung transparent ist und die Zahlen aus der Schuljahresanfangsstatistik der Schulen stammen. Er erläuterte, dass mehrere Jahrgänge der KGS Hutten in der Sekundarstufe 1 die Mindestschülerzahl der Anfangsklassen von 100 beziehungsweise die Gesamtschulgröße in der Sekundarstufe I von 600 nicht erreicht haben und die Schule deshalb bislang nur mit Sondergenehmigungen weitergeführt werden konnte. Er betonte, dass ohne Einhaltung der Mindestzahlen der Schulträger die Schule nicht genehmigt bekommt, was zu Versorgungsproblemen führen könnte. Die Zahlen seien von den Schulen geliefert, vom Land geprüft und bestätigt.

Der **Fragesteller 2** betonte, dass ab 2021 die KGS Hutten die geforderten Schülerzahlen meist erreicht habe. Er kritisierte, dass mangelhafte Kommunikation bei der Anmeldung durch Eltern in den letzten Jahren sowie nicht berücksichtigte Gymnasialplätze dazu geführt hätten, dass die Zahlen manchmal nicht erreicht wurden. Er bezeichnete dies als faire Bewertung der Situation problematisch und wollte dies im Kontext der Diskussion berücksichtigen.

Herr Hiepe erläuterte die vierte Änderungssatzung zur Aufnahmesatzung zur Diskussion. Er erklärte, dass die Änderungen drei Punkte betreffen. Erstens die Anpassung an das neue Schulgesetz. Zweitens der Zusammenschluss der KGS Hutten mit der IGS am Steintor, wobei die Namensfindung von der Schulgemeinschaft erfolgen soll. Drittens die Anpassung der Kapazitäten. Für das Schuljahr 2026/2027 besteht ein Bedarf von 1652 Plätzen, während 1736 Plätze angeboten werden. Die Zügigkeit der IGS steigt von 15 auf 18, die KGS sinkt von 11 auf 7 Züge, Gemeinschaftsschulen von 10 auf 9, Gymnasien bleiben bei 22 Zügen und Sekundarschulen bei 6. Ziel ist ein transparentes, rechtssicheres und planbares Aufnahmeverfahren.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.11.2025

Es lag keine Niederschrift zur Bestätigung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) gemäß § 80 SGB VIII –
Teilplanung: Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in
der Stadt Halle (Saale) 2025-2027
Vorlage: VIII/2025/01649**

Frau Erfurth führte in die Beschlussvorlage mit einer Präsentation ein.

Herr Scherer fragte nach, ob durch Verringerungen der genutzten Quadratmeter Betriebskosten eingespart werden können. Er vermutete, dass dadurch ein Anreiz entstehen könnte, pädagogische Flächen klein zu halten oder Räume anders zu deklarieren, um Kosten zu senken. Außerdem wies er darauf hin, dass dies vor allem bei Schulen mit mehreren Horten relevant wird, weil dort eventuell ein Wettbewerb entsteht, welcher Hort erhalten bleibt.

Frau Erfurth erklärte, dass die Anwendung des Fachstandards Bildungsräume freiwillig ist und eine Änderung der Betriebserlaubnis erfordert. Sie betonte, dass Kitas, die dauerhaft gut ausgelastet sind, diesen Standard nicht anwenden müssen. Der Standard sei vor allem für dauerhaft unterausgelastete Einrichtungen gedacht, bei denen die Zahl der genehmigten Plätze realistisch an die Zahl der belegten Plätze angepasst werden sollte. Sie sagte, dass dabei auch Räume aufgegeben oder anders genutzt werden können, was sich auf sämtliche Kosten auswirkt. Viele Träger prüfen bereits alternative Nutzungen oder Untervermietungen, die sinnvoll zur Kinderbetreuung passen.

Frau Brederlow ergänzte, dass es inzwischen keinen Mangel an Kitaplätzen mehr gibt, sondern einen Angebotsmarkt, in dem Eltern stärker vergleichen, welche Kita welche Möglichkeiten bietet. Dadurch entstehe Konkurrenz zwischen den Einrichtungen, sodass Träger verstärkt darauf achten müssten, wie attraktiv ihr Angebot ist. Sie meinte, dass es künftig sogar Werbekampagnen von Kitas geben könnte.

Herr Scherer erklärte, dass er die Situation nachvollziehen kann, aber betonte, dass eine sorgfältige Balance zwischen Qualität und Quantität nötig ist. Er warnte davor, dass sonst das günstigste Angebot den Zuschlag bekommt, obwohl es nicht unbedingt das qualitativ beste ist. Er ging davon aus, dass die Stadt diese Abwägung treffen wird, wollte aber ausdrücklich darauf hinweisen.

Frau Dr. Burkert sagte, dass sie sich über das vielfältige Kita- und Hortangebot freut und dass Eltern heute frei wählen können, was früher kaum möglich war. Sie betonte jedoch, dass Einrichtungen nur für tatsächlich betreute Kinder Geld erhalten. Ihr sei besonders wichtig, dass gut ausgebildete Personal in der Stadt zu halten, damit es weiterhin den Kindern zugutekommt. Sie erinnerte daran, dass bereits angefragt wurde, wie viele Horterzieher inzwischen an Schulen arbeiten und wie viele in andere soziale Bereiche oder Bundesländer wechseln. Sie bat darum, diese Zahlen bereitzustellen, um auch frühzeitig auf Mitarbeitende zugehen zu können, bevor sie die Stadt verlassen

Frau Brederlow erklärte, dass konkrete Zahlen derzeit nicht vorliegen und bei den einzelnen Trägern abgefragt werden müssten. Sie berichtete, dass einige Erzieherinnen, besonders frisch ausgebildete, beim EBKita bereits zu anderen Jugendhilfeeinrichtungen gewechselt sind, weil sie nicht übernommen wurden. Für die kann man beim Landesschulamt nachfragen. Sie betonte, dass auch der EBKita bereits auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht habe, allerdings ohne aktiv Personal abzuwerben, da man die Erzieherinnen behalten wolle. Insgesamt liege es jedoch in der Verantwortung der Arbeitgeber, ihre Mitarbeitenden über solche Optionen zu informieren.

Herr Prellwitz sagte, dass Halle vom starken Zuzug nach Leipzig profitieren könnte, weil junge Familien wegen der niedrigeren Mieten eher nach Halle ausweichen. Er meinte, dass sich dadurch der aktuelle Negativtrend bei den Kinderzahlen in ein bis zwei Jahren möglicherweise umkehren könnte. Außerdem fragte er, ob es einen Personalentwicklungsplan für Kita- und Hortpersonal gibt, insbesondere mit Blick auf kommende Renteneintritte und die Frage, wohin junge Fachkräfte gehen, falls die sinkenden Kinderzahlen anhalten.

Frau Brederlow sagte, dass Leipzig das gleiche Problem wie Halle hat und ebenfalls tausende Kita-Plätze abbauen müsse, weil auch dort weniger junge Familien leben. Sie betonte, dass die demografische Krise ein europaweites Thema sei. Die Personalentwicklung liege in der Verantwortung der Träger, nicht der Stadt. Man empfehle den Trägern jedoch, entsprechende Konzepte zu erstellen. Beim Eigenbetrieb Kita wolle man zusätzliche Angebote schaffen, um Erzieherinnen zu halten, damit sich die Situation der 90er Jahre nicht wiederholt, als viele junge Fachkräfte die Stadt verließen. Beim Thema Zuzug zeigte sie sich vorsichtig optimistisch, sagte aber, dass bis 2027 nach aktueller Altersstruktur kaum mit mehr Geburten zu rechnen sei, sodass eine positive Entwicklung hauptsächlich durch Zuzug erreicht werden könne.

Frau Marks fragte, wie der Standard von zehn Quadratmetern pro Kind praktisch umgesetzt werden soll. Sie wies darauf hin, dass kleine, ältere Kitas in den Randgebieten, die oft sehr beliebt sind, räumlich gar nicht die geforderte Fläche bieten können. Sie wollte wissen, ob solche Einrichtungen deshalb schließen müssten. Außerdem erinnerte sie daran, dass im Bereich Halle Ost laut Planung noch rund 25 neue Kitaplätze entstehen sollen, und fragte, wie diese beiden Entwicklungen zusammenpassen.

Frau Brederlow erklärte, dass die genannten 25 neuen Plätze kein Neubauprogramm im großen Stil sind, sondern konkrete Ersatz- und Erweiterungsbauten, die bereits umgesetzt werden. Der Ersatzneubau der Kita Ökolino in Diemitz werde im Februar übergeben und die zusätzlichen Hortplätze an der Grundschule Diemitz seien ebenfalls schon im Bau. Auch in Halle Neustadt entstünden neue Kapazitäten, etwa durch den künftigen Hort in der sanierten Otfried-Preußler-Grundschule.

Frau Marks fragte nach, ob diese neuen Plätze dem Stadtbezirk Ost zugerechnet werden.

Frau Brederlow antwortete, dass die genannten 25 Plätze im Stadtbezirk Ost ausschließlich den Ersatzneubau der Kita Ökolino betreffen. Zu den kleinen, alten Kitas sagte sie, dass deren Bedeutung für den Stadtteil mit berücksichtigt wird. Sie nannte als Beispiel die Kita in Kanena, die trotz geringer Größe wichtig für den Ort ist und deren Erhalt geprüft wird. Sie erklärte jedoch, dass dies nicht überall möglich sein wird und dass besonders in kleinen Randgebieten mit wenigen Einrichtungen ein hoher finanzieller Kraftakt nötig sein könnte. Die Stadt wolle die Träger beraten, zusätzliche Angebote zu entwickeln, falls die Kinderzahlen weiter sinken.

Frau Marks meinte, dass die Kita in Kanena gute Chancen auf Erhalt hat, weil der Sportverein und viele Eltern den Standort aktiv unterstützen. Sie hoffe daher, dass diese Kita weiterhin bestehen bleibt.

Herr Schachtschneider fragte, wie der große Mangel an Hortplätzen im Westen mit über 600 fehlenden Plätzen behoben werden soll. Er wollte wissen, in welchem Zeitraum diese Plätze entstehen können, da ein so großer Ausbau nicht kurzfristig möglich ist.

Frau Erfurth erklärte, dass an den fehlenden Hortplätzen im Westen bereits seit längerer Zeit gearbeitet wird und mehrere Lösungen nun kurz vor der Umsetzung stehen. Für die Grundschule Otfried Preußler sind 270 zusätzliche Hortplätze geplant, die direkt im neuen Schulgebäude eingerichtet werden. Für die Grundschule Kastanienallee wurde zum 1. August der Hort Kastanienbaum mit zunächst 100 Plätzen eröffnet. Dieser Standort soll erweitert werden und künftig alle Kinder der Grundschule Kastanienallee aufnehmen, sodass die bisherige Aufteilung auf mehrere Horte entfällt. Zudem wird die Grundschule Rosa Luxemburg derzeit saniert. Nach Abschluss der Arbeiten werden dort mehr Schülerinnen und Schüler erwartet, sodass das bisherige Schulgebäude in der Haflingerstraße zu einem Hort umgebaut und anschließend in Betrieb genommen werden soll. Dies wird voraussichtlich in zwei bis drei Jahren erfolgen.

Herr Schachtschneider wollte wissen, ob die beschriebenen Maßnahmen in etwa die rund 600 fehlenden Hortplätze abdecken.

Frau Erfurth bestätigte dies.

Herr Scherer fragte, wie integrative Einrichtungen in den Unterlagen bewertet werden. Er wollte wissen, ob es eine besondere Bewertung für diese Einrichtungen gibt oder ob lediglich darauf geachtet wird, dass in jedem Stadtteil eine integrative Einrichtung existiert, also ob sie separat gewichtet werden.

Frau Erfurth erklärte, dass integrative Plätze Teil des Kita-Index sind. Dabei wird analysiert, wie hoch der Anteil integrativer Kinder in den letzten fünf Jahren in jeder Einrichtung war. Der Hintergrund ist, dass diese Plätze und Einrichtungen in Halle erhalten bleiben sollen, weshalb sie im Kita-Index entsprechend hoch bewertet werden.

Frau Ranft gestand, dass ihr die Zahlen über rückläufige Kinderzahlen schwer fassbar sind. Sie dankte für die Präsentation und lobte, dass der Kita-StandardBildungsräume vor Jahren eingeführt wurde, wodurch jetzt Plätze reduziert und die Qualität verbessert werden kann. Sie wies darauf hin, dass die rückläufigen Kitazahlen auch sukzessive in die Schulen wirken und äußerte ihre Sorge über die zukünftige Entwicklung. Abschließend appellierte sie an junge Familien, nach Halle zu ziehen, um dem Trend entgegenzuwirken.

Herr Schachtschneider fragte, ob es einen Plan gibt, wie die Kommune mit den Kosten für die Kitaplätze umgeht, da das Geld nur für die tatsächlichen betreuten Kinder fließt. Er wies darauf hin, dass bei 10 Quadratmetern pro Kind die Kosten für die Kommune steigen könnten und wollte wissen, wie damit umgegangen wird.

Frau Brederlow erklärte, dass die 10 Quadratmeter pro Kind ein Stadtratsbeschluss sei, für den sie dankbar sei. Sie betonte, dass die Stadt nur für tatsächlich betreute Kinder zahlt und dies mit den Trägern ausgehandelt werden müsse, wobei ein gewisses Trägerrisiko bestehe. In der AG 78 werde regelmäßig mit den Trägern über mögliche Alternativen zur Kostendämpfung gesprochen, etwa die Nutzung von Tagesgruppen in Kitas. Sie wies darauf hin, dass Betriebskosten und Platzkosten zwischen den Trägern variieren und die Stadt über die finanziellen Mittel nur begrenzt verfügt, weshalb die Abrechnung pro belegtem Platz erfolgt.

Herr Dr. Meerheim erklärte, dass es logisch ist, dass 10 Quadratmeter pro Kind höhere Kosten verursachen als kleinere Flächen. Er verwies auf die Tabelle in der Beschlussvorlage, in der die finanziellen Auswirkungen für 2025 bis 2027 dargestellt sind, und merkte an, dass die Zahlen wahrscheinlich dem Produkt 501 Betrieb von Kindereinrichtungen zugeordnet sind. Er forderte, dass bei der nächsten Finanzausschusssitzung ein Änderungsblatt vorgelegt wird, da die aktuellen Zahlen noch 10 Millionen niedriger als im Haushalt angegeben seien. Er lobte die Planung der Stadtverwaltung als verantwortungsvoll und vorausschauend, wies aber darauf hin, dass die Kosten steigen werden, insbesondere im Vergleich zu den steigenden Zahlen im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs. Abschließend betonte er, dass Inhalt und Kosten gleichermaßen betrachtet werden müssen und dass er die Maßnahmen unterstützt, aber Transparenz für alle notwendig ist.

Herr Frolow sagte, dass die Verwaltung auf Nachfrage weitere Informationen zur Finanzierung und zum Abgleich nachliefern kann. Er betonte, dass er Transparenz unterstützt und zustimmt, dass es klar sein muss, welche Kosten mit den geplanten Maßnahmen verbunden sind.

Frau Ranft erklärte, dass sie Herrn Dr. Meerheim so verstanden habe, ob es noch ein Änderungsblatt gibt zum Haushaltsentwurf.

Frau Brederlow erklärte, dass sie den Änderungsdienst gerade vorliegen habe, die relevanten Zahlen aber noch nicht so schnell gefunden habe. Sie schlug vor, die Daten noch einmal zu prüfen und abzugleichen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Ranft** um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	skE	einstimmig zugestimmt
	SR	einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2025 bis 31.12.2027.
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11 KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2025, 2026 und 2027 sicher (Anlagen 2 und 3).
3. Der Stadtrat beschließt das indikatorengestützte Verfahren zur Analyse und Bewertung der Bestandsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen (Kita-Index).

zu 5.2 4. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 4. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung
Vorlage: VIII/2025/01730

Auf Antrag der Verwaltung wurde für den Tagesordnungspunkt 5.2 ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Ranft

Dann kommen wir zu Top 5.2, wo ich noch mal wiederhole, dass wir das als erste Lesung heute begreifen. Ich würde jetzt so vorgehen, dass wir die Stadtverwaltung einbringen lassen und wir dann sozusagen diskutieren und wenn es Fragen an Herrn Winter, ich glaube Herr Winter, Herrn Senger, Herrn Wussow und Frau Seebauer gibt oder Sie sich einbringen wollen, Frau Winter, danke, dass wir dann miteinander ins Gespräch kommen. Das kriegen wir schon irgendwie hin und die Stadtverwaltung fängt einfach an. Herr Hiepe bitte.

Herr Hiepe

Ja, zur Aufnahmesatzung. Diesmal die Vierte Änderungssatzung zur Aufnahmesatzung, heute nur zur Diskussion, weil natürlich der Aufnahmesatzung immer vorgeht die Fortführung der Schulentwicklungsplanung, die im Vorfeld beschlossen werden muss. An sich, was unser Ziel ist als Stadtverwaltung, ein transparentes, rechtssicheres und planbares Verfahren für die Aufnahme in den fünften Schuljahrgang im Schuljahr 26/27. Ja, das Wesentliche ist an sich in der Beschlussvorlage vorgestellt. Gleichwohl will ich das zusammenfassen, weil an sich haben wir drei Aspekte, die geändert sind. Zum einen haben wir die Aufnahmesatzung angepasst an das neue Schulgesetz. Als ich die Beschlussvorlage geschrieben hab, war es noch die 18. Änderung zum Schulgesetz. Mittlerweile gilt die 19. Änderung zum Schulgesetz. Im Paragraph 41 (1) sagt die, dass wir als Schulträger ab dem 31.07.2029 Schuleinzugsbereiche festlegen müssen. Solange das noch nicht gilt, bleiben wir bei dem Steuerungsmodus, dass wir mit Kapazitätsgrenzen steuern.

Die zweite Änderung, das betrifft den Zusammenschluss der jetzigen KGS Hutten und die IGS am Steintor. Das heißt, in erster Linie gab es da einen Namenszusammenschluss. Bis dato oder in der Änderungssatzung reden wir von der IGS Steintor Hutten. Es obliegt dann den Schulen oder der Schulgemeinschaft, dann einen Namen zu finden. Wir sind einfach so vorgegangen. Wir denken, dass es ja Namensbildung eben auch was Identitätsstiftendes ist. Das heißt, die Schulgemeinschaft, die dann zusammenwächst, soll sich einen Namen geben, den wir dann auch in die Aufnahmesatzung aufnehmen werden.

Und die dritte Änderung betrifft die Kapazitäten. Das heißt, hier haben wir Änderungen vorgenommen. Wie vorhin gesagt, wir nehmen die statistische Prognose anhand der letzten vier Jahre vor und dort, wie auch in der letzten Aufnahmesatzung, anhand der Endanwaltszahlen. Kurz die Zusammenfassung. Wir haben im nächsten Jahr einen Bedarf für 1652 Plätze. Davon abgerechnet sind eben schon prognostiziert Kinder, die an freie Schulen gehen, beziehungsweise an Schulen mit inhaltlichem Schwerpunkt. Und dem gegenüber stehen eben die Kapazitäten an den jeweiligen Schulformen.

Kurzer Vergleich. Also, im Vergleich zum Vorjahr bleiben wir bei der Schulform Gymnasium bei 22 Zügen. In der Schulform Gesamtschule und hier konkret in der Ausformung IGS steigen wir von den Zügigkeiten an. Das heißt, im Vorjahr waren es 15 Züge, im kommenden Jahr sind es 18 Züge. Für die Ausformung IGS an der KGS, klar, wir haben einen Zusammenschluss. Eine KGS wird aller Voraussicht nach nicht mehr ein Angebot leisten. Das heißt, wir sinken von elf Kapazitäten im Vorjahr, elf Zügen, auf sieben Züge. Bei den Gemeinschaftsschulen von zehn auf neun und bei den Sekundarschulen behalten wir die Anzahl der Zügigkeiten.

Das heißt, noch mal, wir haben einen Bedarf von 1652 Schulplätzen, und dem gegenüberstehen anhand der Zügigkeit insgesamt 1736 Plätze, die wir anbieten wollen, im nächsten Schuljahr. Genau, dass zu den wesentlichen Änderungen. Ansonsten stehen wir als Stadtverwaltung bereit für Ihre Fragen.

Frau Ranft

Herr Senger meldet sich. Dann bitte schön, Herr Senger.

Herr Senger

Ja, schönen Guten Abend, Frau Brederlow, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren und Anwesende. Ist lange her, dass ich hier gewesen bin, aber es ist mal wieder notwendig, um deutlich zu machen, dass zwar vieles von der Verwaltung richtig gesagt worden ist, aber im falschen Kontext und auch von den Zahlen her nicht wirklich stimmt. Der Stadtelternrat ist ja dazu angefragt worden. Im Übrigen, die Behauptung, dass die Schulgemeinschaften angefragt worden sind, stimmt nicht. Weder die IGS am Steintor ist gefragt worden noch die KGS Hutten, aber das kann sie auch selber sagen. Sie sind ja auch hier vertreten, sodass die Schulgemeinschaften letztendlich überhaupt nicht die Chance hatten, sich dazu einzubringen. Ist der erste Punkt. Das gilt aber auch für die Schulentwicklungsplanung an dieser Stelle.

Der nächste Punkt ist, ich achte die Zahlen muss ich mal jetzt ganz kurz sagen, was hier auch von der Stadt in letzter Zeit an Zahlen gebracht wird. Das ist erst mal eine wesentlich höhere Qualität, das habe ich auch schon in der Vergangenheit gesagt, als es sonst war, aber wir haben immer noch ein Problem, wenn es um die Gesamtschulen geht, weil der erste Fehler ist, wenn Sie sagen, wir gehen von dem aus, was am Ende in den Schulen angekommen ist. Mit niedrigen, viel zu wenigen Kapazitäten diese als Grundlage zu nehmen für die nächsten Jahre und auch von denen zu rechnen, ist grundsätzlich falsch. Ich mache Ihnen ein einfaches Beispiel. Ich habe in unserer Stellungnahme des Stadtelternrates reingeschrieben, wie die Zahlen tatsächlich sind, und deswegen kann ich nicht verstehen, wie ihre Prognose dieses sehr wohl wissen müsste, denn die Schülerzahlen, die sind die letzten Jahre relativ stabil gewesen und die werden auch noch ein bisschen stabil bleiben. Und dann werden sie sicherlich absinken. Aber wenn man sich die Zahlen aus der Vergangenheit anschaut, wir hatten ja schon mal einen Abschwung der Schüler. Die Gesamtschule hat keinen Abschwung gehabt an dieser Stelle. Warum ist das so? Weil natürlich mit der Möglichkeit, mehr Plätze zur Verfügung zu haben, auch die Chance besteht, einen Platz zu bekommen, und deshalb sich auch mehr Eltern an dieser Stelle anmelden, um dann letztendlich einen Platz zu bekommen. Und das haben wir eigentlich die ganzen Jahre nachgewiesen.

Ich mache ein einfaches Beispiel. Hier Planetarium. Im ersten Jahr gegründet, eigentlich im laufenden Verfahren, ein Jahr darauf schon nicht mehr in der Menge verfügbar, wie die Eltern sie angewählt haben. Letztes Jahr waren es 192 Schüler, die dort keinen Platz bekommen haben. Zur gleichen Zeit an der IGS am Steintor 143 Schüler haben keinen Platz bekommen und waren auf der Nachrückerliste. Das sind über 300 Schüler, die keinen Platz bekommen haben. Das heißt, nicht die sind auf eine andere Gesamtschule gegangen,

sondern die haben keinen Platz bekommen, und das ist das eigentliche Problem, dass Sie immer die Zahlen nehmen, wo es hinten dann zurechtgeruckelt ist, wie man mal in der Verwaltung gesagt hat, und nicht die Zahlen von denen, die letztendlich von den Eltern angewählt worden sind.

Und Herr Hiepe, eins sage ich Ihnen, Sie irren sich, wenn Sie glauben zu sagen und das auch so reinschreiben, dass es hier nur darum geht, Kapazitäten vorzuhalten und dies sind entscheidend für das Anwahlrecht. Das ist falsch. Schauen Sie sich die Gerichtsurteile an. Ich nenne nur eins vom OVG, wo klipp und klar gesagt wird, Sie sind als Träger verpflichtet, und das sagt auch das Schulgesetz, das sagt die Schulentwicklungsplanungsverordnung in Paragraph 21, die Plätze vorzuhalten für alle Schüler, die für den Schulbereich, wo die Schule letztendlich eingesetzt ist, auch angewählt werden. Das heißt also, habe ich für die gesamte Stadt Halle fünf Schulen, dann müssen die in dieser Schulform auch alle Schüler aufnehmen, die in dieser Schulform kommen wollen. Das steht so in Paragraph 21 Schulentwicklungsplanungsverordnung. Und in der Landesverfassung steht auch drinnen, dass sowohl das Land als auch der Kommune, der Träger, verpflichtet sind, in ausreichendes und vielfältiges Schulnetz anzuhalten.

Und ja, Frau Brederlow, ich gebe Ihnen recht, wenn man die Schülerzahlen oder die Kapazitäten in Gesamtschulen erhöhen wird, würde es wahrscheinlich zulasten anderer Schulen gehen, aber das ist nun mal so, und ich bitte einfach hier um Mut zur Lücke, ähnlich wie das Magdeburg schon hat. In Magdeburg gibt zum Beispiel keine Sekundarschulen mehr, weil einfach festgestellt worden ist, die Eltern haben andere Wünsche, und diese Wünsche sind einfach zu respektieren und zu berücksichtigen. Das ist einfach so.

So, und jetzt möchte ich noch mal kurz auf die Frage kommen, wie ist das jetzt mit der Zusammenlegung. Ich halte diese Zusammenlegung, diese Fusion, und was anderes ist es nicht, halte ich für völlig falsch, weil sie in der Perspektive weniger Plätze zur Verfügung hat, wie Sie es momentan darstellen. Denn so ist es richtig, wenn Sie es im ersten Jahr mit acht Zügen kommen, dann stimmt das noch. Im zweiten Jahr wollen sie schon nur noch mit sieben Zügen planen. Das heißt also, der Standort Hutten wäre dann nur noch dreizügig. Warum machen Sie das? Aus dem ganzen einfachen Grund, weil Sie das damit erklären, dass nicht genügend Kapazitäten vorhanden sind, wenn man nicht diesen Anbau schafft. Der Anbau soll nicht mehr kommen nach Ihrer jetzigen Idee, und damit brauchen Sie natürlich weniger Plätze oder müssen weniger Plätze vorhalten, damit Sie die Gesamträumlichkeiten auch tatsächlich noch nutzen können. Somit geht es nur noch mit drei Zügen. Das ist schon mal wieder 28 Schüler, die weniger sind.

Ja so. Der nächste Punkt ist, Sie haben wieder die falschen Zahlen. Wir haben, wenn Sie das nehmen, in dem Moment, wo Sie die KGS als IGS führen, und das können Sie ohne Probleme. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Der Herr Stübing, der das Ganze angeleiert hat, was wir im letzten Jahr hatten, den gibt es nicht mehr im Bildungsministerium. Wir haben eine andere Regel im Bildungsministerium. Wir haben auch andere Ansichten mittlerweile im Bildungsministerium. Ich halte es ein bisschen für vorauseilenden und Gehorsam, denn die IGS also umwandeln, ist ja nicht mal. Die KGS würde einfach nur pädagogisches Konzept ändern, nämlich von einer gymnasialen pädagogischen Ausrichtung auf eine integrative pädagogische Ausrichtung, und das geht tatsächlich auch, weil nämlich es keine Schulformänderung gibt. Es gibt gar nichts, denn auch hier sagt wieder die Rechtsprechung ganz klar, und das wissen Sie, denn Sie kennen die Urteile, wo Eltern versucht haben zu klagen, dass die IGS und die KGS das Gleiche sind. Sie sind zwar unselbständige Ausprägung der Schulform Gesamtschule, und alles, was da darunter ist, ist gleich, weil es eine Gesamtschule ist. Und es gibt im Sachsen-Anhalt im Gegenzug zu anderen Bundesländern nur die Gesamtschule, und alles, was da drunter ist, ist im Prinzip eigentlich nur Konzept und kann in jede Richtung bewegt werden. Deswegen gibt es da auch keine Umwandlung oder sonst irgendwas. Das wäre das Konzept zu ändern. Das kann die

Gesamtkonferenz, das steht letztendlich auch im Schulgesetz so drin, und dann wäre das kein Problem. Das ist auch nach Rücksprache mit Juristen aus dem Land letztendlich von denen so bestätigt worden, die auch nicht verstehen, warum das beim ersten Mal nicht funktioniert hat und warum es da aus den Ministerien, zugegebenermaßen mit einer anderen Riege, letztendlich dann diese Äußerung gab, dass das so letztendlich nicht umsetzbar ist.

Also noch mal ganz deutlich, die Zahlen, die Sie hier anwenden, sind falsch. Die sind schlicht und ergreifend falsch. Wir hatten im letzten Jahr 700 Plätze zur Verfügung gehabt. Davon waren letztendlich im Losverfahren 636, und letztendlich hatten wir aber 783 Eltern oder Kinder, die an eine Gesamtschule kommen sollten. Und jetzt mit der neuen Planung, die Sie jetzt machen, wählen Sie wieder nur 700 Plätze für die Gesamtschulen und werden dann wieder am Ende mit den Freihalteplätzen für die Wiederholer 636 haben. Und ich garantiere Ihnen schon jetzt, und man kann eine Wette drauf abschließen, wir werden wieder um die 780 Schülerinnen und Schüler haben, die den in der ersten Runde anwählen und eigentlich ihren Rechtsanspruch auch gerne haben wollen.

Zumal, und das ist das, was mich so verwundert, sind es Eltern, die einen Gymnasienplatz anwählen. Da sitzen Sie ja alle und sind sich einig und sagen, natürlich muss der einen Platz kriegen. Dann müssen wir irgendwie gucken, wie das geht. Da wird nicht gesagt, da sind keine Kapazitäten mehr frei, du musst jetzt in Sekundarschule, du musst was anderes nehmen. Sie schaffen es ja nicht mal, letztendlich den Eltern dann einen Platz an einer KGS zu geben, wo noch ein gymnasialer Platz frei ist. Nicht mal das schaffen Sie. Das verweigern Sie, weil Sie sagen, nein, wir müssen dem einen Platz am Gymnasium geben, und das muss man sicherstellen. Dieses selbe Recht, was Sie den Eltern zusprechen und diesen Kindern zusprechen, sprechen Sie aber den Eltern und den Kindern an, den Gesamtschulplatz auszuwählen, ab mit der Begründung, wir müssen euch nur den Kapazitäten entsprechend da etwas geben. Alles andere müsst ihr dann sehen, wie ihr da zurechtkommt. Das funktioniert so nicht.

Deswegen, die Änderungen, die der Stadtelternterrat angegeben hat, die glaube ich, sind sehr wichtig, dass ihnen die Satzung mit reinkommen. Und wenn es die erste Lesung ist, dann kann man auf dieser Stelle auf alle Fälle noch was ändern.

Frau Brederlow

Ich reagiere erst mal. Das Sie sich auch in Ihrem Wortbeiträgen selbst widersprechen, Herr Senger, finde ich interessant. Also erst mal war ich erfreut, dass Sie aufgenommen haben, dass Gesamtschule gleich Gesamtschule ist. Da hatten wir früher auch schon andere Diskussionen hier. Aber wenn Sie jetzt sagen, warum werden Eltern, die das Gymnasium anwählen, nicht auf die Gesamtschule umgeleitet, ist für mich zumindest ein Widerspruch zu dem, was Sie insgesamt aussagen wollten. Stell ich jetzt mal für mich so fest.

Ich muss einiges richtigstellen. Erstens, Magdeburg hat keine Sekundarschulen mehr, weil die damals als Schulträger ohne die Schulen unmittelbar zu beteiligen aus allen Sekundarschulen Gemeinschaftsschulen gemacht haben. Letztlich sind Gemeinschaftsschulen aber am Ende auch eine andere Form. Also eine Schulform, die es uns nicht leichter macht, tatsächlich hier auch zu sagen, welche Schulformen sollen denn Eltern wählen, weil, also neben mir sitzt jemand, der in der Gemeinschaftsschule arbeitet, aber am Ende wird da auch der Realschulabschluss gemacht. Das wissen Sie auch, und es gibt die Möglichkeit, in der Kooperation mit einem Gymnasium dann auch entsprechend den Gymnasialzweig zu wählen, aber auch das machen nur recht wenig. Bis jetzt gibt es noch nicht so lange, muss man vielleicht ein bisschen abwarten. Also das an der Stelle zur Richtigstellung.

Zweite Richtigstellung, dadurch, dass eine Person im Ministerium weg ist, ändern sich nicht die Grundlagen. Die Grundlagen sind die gleichen, und Herr Wussow kann das vielleicht bestätigen, weil er war bei den Gesprächen dabei, wo das Landesschulamt auch anwesend war und genau diese Themen auch dort besprochen wurden. Dort wurde eben auch die Möglichkeiten besprochen. Wir haben Schulleiterberatung gemacht, wo ich selbst anwesend war, deswegen kann ich dazu was sagen. Schulleiterberatungen mit den Gesamtschulen, wo genau auch vom Landesschulamt diese Themen angesprochen wurden, dass eben aus einer KGS nicht einfach eine IGS werden kann, und unser Ansprechpartner ist das Landesschulamt. Entschuldigung, Sie haben hier Behauptungen aufgestellt. Ich muss da einfach mal korrigieren. Das Schulgesetz, da ist Herr Hiepe, der hat das in der Regel bei sich. Vielleicht kann er da auch noch mal was zu sagen. Dieses Thema Bildungsgang und Schulform ist leider im Gesetz geblieben. Wir hätten es gerne raus, also eine Klarstellung im Gesetz gehabt. Das haben Sie leider nicht gemacht. Das ist auch eine Schwierigkeit, die Schulträger haben, die so ein breites Bildungsangebot haben, wie wir hier in Halle haben. Dass wir schon tatsächlich auch gucken müssen, welche Kapazitäten haben wir, und es hat sich an dem, was wir damals aus dem Bildungsministerium auch ein Schreiben gekriegt haben, als es um die Neuumwandlung von Schulen in IGS ging, oder auch bei der KGS war es ein bisschen eine andere Formulierung. Da war es keine Umwandlung in dem Sinne, sondern die Weiterführung als IGS. Wo uns gesagt wurde, wenn ihr das jetzt macht und ihr in der Form erwehrt, wie ihr das hier plant, gefährdet ihr die Sekundarschulen. Und noch mal, das mag Ihnen als Stadtälternrat egal sein, uns als Schulträger ist es nicht egal. Wir müssen tatsächlich die entsprechenden Schulformen auch vorhalten, und noch was zum Anbau. Nachher kommen also kommt der Bericht, der zum Schulbau. Da steht ja noch drin. Nur mal der Hinweis.

Frau Ranft

Ich habe, bevor ich jetzt Herrn Lambert drannehme, noch mal der Hinweis, das hatte ich jetzt eben vergessen am Anfang, dass wir dann eben, dass ich dann den Antrag stellen werde auf Vertagung, sozusagen, dass wir da jetzt in Ruhe drüber diskutieren können. Und Herr Lambert, bitte.

Herr Lambert

Ich habe zwei Fragen. Eine, wenn man jetzt davon ausgeht, dass die KGS und die IGS fusionieren, ist das für die Schüler, die jetzt sozusagen in der achten Klasse an der KGS sind? Wenn die sich umwandelt zur IGS, gehen die KGS-Schüler ja grundsätzlich, wenn sie im Gymnasialzweig sind, von zwölf Jahren Schule aus und an einer IGS von 13 Jahren. Jetzt gibt es ja schon länger diese die Kooperation. Muss ich mir das so vorstellen, dass auf dem Papier, die KGS gewissermaßen ausläuft und dass dann zusammengeht? Sie nicken, okay.

Zweite Frage oder vielmehr Anmerkung. Ich habe im Gedächtnis, dass Herr Frenzel gern bereit ist, an der IGS am Planetarium sechs Züge aufzunehmen, weil er gerne eine eigenständige gymnasiale Oberstufe haben möchte, und die Erfahrung ja ist, mit fünf Zügen da bleiben in der Regel nicht genügend Schüler übrig, die dann das Abitur machen wollen. Also ich gehe davon aus. Ich habe mir als Frage aufgeschrieben, warum nicht sechs. Die Antwort wird sein, weil es dann mit den Kapazitäten an den anderen Schulen vielleicht nicht hinhaut. Aber vielleicht kann man es ja zumindest mal im Hinterkopf behalten, wenn es irgendwie am Ende einen Engpass gibt, dass man Herrn Frenzel da mal gut anfragen kann.

Frau Ranft

Herr Senger, Herr Senger, wir würden gerne antworten, aber vielen Dank. Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Ja, also Herr Frenzel hat dieses Anliegen gehabt, das ist abgelehnt worden. Jetzt ist er selbst im Ministerium. Wir haben aber jetzt tatsächlich da auch keine Informationen. Das hat mit der Kapazität des Gebäudes zu tun. Ich möchte auch noch den Hinweis geben, wenn vorhin gesagt wurde durch Herrn Hiepe, die Schulgesetzänderung, die bringt aber eigentlich nur einen Zeitgewinn von zwei Jahren. In zwei Jahren spätestens, also ja, heute in zwei Jahren spätestens, werden wir hier sitzen und werden uns Gedanken machen, was ab 2029 sein soll. Da sieht es nämlich dramatischer aus, was die Schulgrößen und Ähnliches angeht und unser großes Thema Schulbezirke für weiterführende Schulen, was auch ein durchaus spannendes Thema werden könnte. Ich bin da vorsichtig noch in der Formulierung. Auch das wird uns dann beschäftigen. Also ich prognostiziere schon mal, und da kann ich durchaus eine Wette mit Ihnen eingehen, Herr Senger, in zwei Jahren werden wir uns da noch stärkeren Konflikten ausgesetzt sehen, weil dann die Anforderung an Schulen und Schulträger noch dramatischer werden.

Frau Ranft

Frau Burkert, bitte.

Fr. Dr. Burkert

Vielen Dank. Ich hätte einmal die Bitte, dass die Schulelternratssprecherin, Frau Nadine Winter, von der KGS Hutten noch mal paar Worte zu ihrer Schule sagt und warum sie welche Meinung sie zur Fusion hat, und dann würde ich mir wünschen, dass Jessica Seebauer als Schulelternratssprecherin von der IGS am Steintor noch mal zum Wort kommt, und dann würde ich gerne noch was sagen wollen.

Frau Ranft

Möchten Sie beide noch was sagen? Ja, Sie setzen sich hin. Also, Sie wollen auch noch was sagen sozusagen. Also, Frau Burkert kann sich ja alles wünschen, aber Sie sind ja sozusagen, genau, aber nichtsdestotrotz erst mal mit der Redeliste weitermachen. Ich habe jetzt Herrn Scherer und Herrn Schachtschneider, und danach sind Sie dann beide dran. Herr Scherer, bitte. Also, Sie haben jetzt noch eine Frage, Frau Burkert?

Frau Dr. Burkert

Na ja, ich habe mir jetzt gewünscht, dass die Elternsprecher erstmal zu Wort kommen, dass wir Stadträte erstmal hören, wie die Meinung der Schüler ist. Da kann man doch nicht in der Rednerliste jetzt weitermachen. Also, und dann hatte ich ja auch noch eine Frage. Also ich finde das respektvoll, dass man die beiden Damen, die jetzt Platz genommen haben, dann auch zu Wort kommen lässt.

Frau Ranft

Genau, ich würde jetzt Ihre Fragen zulassen, Frau Dr. Burkert, dann Herrn Scherer und Herrn Schachtschneider und dann die beiden Damen drannehmen. Und dann können ja die beiden auch, falls die beiden Fragen auch die Damen beantworten können, dann können die das ja gleich sozusagen auch mit beantworten.

Frau Dr. Burkert

Ja, dann würde ich vielleicht sagen, ich bin seit 2019 Stadtrat und möchte kurz mal schildern, wie ich die Situation in den letzten Jahren wahrgenommen habe. Also, wir haben fünf Gesamtschulen in der Stadt. Und im Schuljahr 24/25, wie es Herr Senger schon gesagt hat, waren 137, also von meiner Erinnerung her zumindest, mehr Bewerber für die Gesamtschulplätze, als für Schulhauptplätze in der Stadt hatten. Im Schuljahr 24 gab es 87 Anmeldungen von Sekundarschulen und 582 Anmeldungen für Gesamtschulen. Also das ist erst mal für mich als Stadtrat ein gutes Zeichen, dass wir sagen können, dass wir die Gesamtschulen, die wir in der Stadt haben, dass die gute Arbeit leisten und dass die auch wirklich gut angewählt werden.

Das hat ja auch dazu geführt, dass wir als Stadtrat lange drüber diskutiert haben, wie wir dieser Nachfrage gerecht werden, und haben ja auch einen Stadtratbeschluss gefasst, dass wir eine weitere IGS gründen möchten, einfach aufgrund dieser Anmeldezahlen. Das ist dann nicht zustande gekommen aufgrund Vorschriften vom Land, aber ich will noch mal betonen, dass wir als Stadtrat da doch mehrheitlich dafür waren, diese Art der Schule zu stärken.

Und dann zur KGS Hutten. Wir hatten ja als SPD-Fraktion mehrmals die Möglichkeit, uns die Schule anzuschauen, und wissen auch, dass die Schule seit 25 Jahren erfolgreich, zumindest aus meiner Sicht, mit der IGS am Steintor kooperiert. Und wir haben ja auch im letzten Jahr ein Stadtratbeschluss gefasst, also Grundlage war da eine Vorlage der Stadtverwaltung, dass wir einen Anbau wollen in der KGS Hutten, um diesen Schulstandort zu stärken und auch aufzuwerten und natürlich auch die Fachkabinette in der Form zur Verfügung zu stellen, wie es die Schule benötigt.

Das ist natürlich jetzt meine Frage. Sie haben uns erläutert, dass die Schule die 100 Schülerzahlen nicht erreicht. Jetzt hatten Sie gesagt, in einigen Jahren waren es 99, in einem Jahr 97. Und da muss ich sagen, da wundere ich mich natürlich. Wenn wir jetzt sagen, wir haben 582 Gesamtschulplätze, die benötigt werden, und haben dann die Schüler umgelenkt auf andere Schulen, haben dann extra noch ein Zweig aufgemacht an der IGS am Planetarium, und dann fehlt an der KGS Hutten wirklich ein Schüler beziehungsweise drei Schüler, damit diese Schule bestandsfähig ist, da wundere ich mich als Stadtrat ein bisschen, wie das dazu kommen kann, dass also ein Schüler beziehungsweise wirklich einzelne Schüler dazu führen können, dass wir sagen, die Schule ist nicht bestandsfähig, und dass wir jetzt auch schon so viel Geld in die Hand genommen haben für Planungskosten, für Architektenkosten, um für diesen Neubau, und dann festzustellen, ups, die Schule braucht man eigentlich in der Form gar nicht mehr

Und dann hätte ich noch Fragen, und zwar, wie die Verwaltung die Zukunft der IGS und der Sekundarschulen in unserer Stadt sieht, weil wir hatten ja von Herrn Senger gehört und auch von Frau Brederlow, dass die Sekundarschulen in Magdeburg in der Form nicht mehr existieren und auch in unserer Stadt ja nicht so gut angewählt wären wie die IGS-Plätze. Dann haben wir ja nächstes Jahr Landtagswahl, da ist auch meine Frage, inwieweit man da doch ein bisschen auf Zeit spielen kann. Wer weiß nicht, wie das Ministerium dann aufgestellt wird und welche Vorschriften wir dann kriegen.

So dass meine Frage schon ist, ob wir es nicht hinkriegen, diesen einen Schüler, der noch fehlt im kommenden Jahr aufzutreiben, dass die KGS Hutten da bestandsfähig ist. Und ich würde mir wirklich sehr wünschen, dass die Stadtverwaltung noch mal Kontakt aufnimmt zum Bildungsministerium. Ich kann aus Stadtrat nicht nachvollziehen, warum eine Gesamtschule zukünftig nicht mehr mit einer anderen Gesamtschule in Sachsen-Anhalt kooperieren darf, aber eine Sekundarschule darf kooperieren mit dem Gymnasium. Das ist für mich als Stadtrat, muss ich ganz ehrlich sagen, nicht verständlich, und hier würde ich wirklich die Stadtverwaltung noch mal bitten, dass man da aktuell noch mal mit dem neuen Bildungsminister, der ja auch eine enge Beziehung in unsere Stadt hat und zur Schullandschaft unserer Stadt, dass man da noch mal das Gespräch sucht, beziehungsweise die Frage, ob man da noch mal mit dem mit dem Minister gesprochen hat.

Genau, das waren jetzt meine Fragen. Vielen Dank.

Frau Brederlow

Ich fang mal hinten an, und zu den Zahlen wird nachher Herr Petzold was sagen. Das steht so im Gesetz, da kann auch ein Minister nichts machen. Also Sie haben einen sehr guten Draht zur einer Regierungsfraktion, zur Fraktionsvorsitzenden. Fragen Sie sie doch mal, warum das so drinsteht.

Der zweite Punkt ist die das Weiterbestehen der KGS Hutten. Wir können Risiko eingehen, aber dann setz ich mich hier nicht her und sage, wir haben es euch gesagt, macht es nicht. Und wir sind tatsächlich an der Stelle, und da habe ich Protokolle hier, und da gab es auch Termine, an der Stelle tatsächlich schon. Lange mit den beiden Schulen Steintor und Hutten im Gespräch. Wie kann denn eine mögliche Zusammengehen, wie gesagt, den Begriff Fusion, weil der aus der Vergangenheit belastet ist, dass eine Fusion immer dazu geführt hat, dass irgendeine von den Schulen dann irgendwann komplett verschwunden war, also auch mal vom Standort her, deswegen mag ich den Begriff nicht so, aber die Kooperation zwischen unterschiedlichen Schulformen, in der ist nun mal laut Gesetz weg, da hat auch das der Gesetzgeber jetzt nichts dran geändert, die ist weg, und da können wir als Schulträger machen, was wir wollen. Das bringt uns dann am Ende auch nicht weiter, da tatsächlich was zu sagen.

Zum Anbau gucken Sie auf der Präsentation, die nachher kommt, Folie 13, steht was zum Anbau. Und was die Zahlen angeht, wir haben es vorhin versucht, also es ist eben ein komplexes Thema. Vorhin versucht noch mal hat Herr Petzold auch gesagt, diese unterschiedliche Anzahl auch bei Sekundar- und Gymnasialzweig in der KGS, das ist eben das Thema bei der KGS, dass beide getrennt auch gezählt werden. Das sehen Sie auch in unserer Vorlage. Was ist bei einer IGS anders? Da wird das gemeinsam gezählt. Das kann Herr Petzold nochmal sagen. Ich fürchte, dass die Zahlen deswegen so zustande kommen.

Und Eltern, die das Gymnasium angewählt haben, auf eine Gesamtschule zu zwingen, weil das gleiche Thema wie Eltern, die die Gesamtschule gewählt haben, auf eine andere Schulform zu bringen.

Herr Petzold

Also wir haben das ja auch in den, also nicht nur hier im Bildungsausschuss, sondern auch in den Arbeitsgruppen, also in den Sitzungen der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung, schon mehrfach thematisiert. Es geht hier nicht um einen Schüler, das verkürzt die Debatte und das suggerierten ein vollkommen falsches Bild. Es geht hier zum Schuljahr 25/26 um 40 Schüler, 560 Kinder in der SEK 1, 600 müssen es sein, 40 Kinder, und das seit, also in den letzten zwölf Jahren, locker fast jedes Jahr von der Mindestschulgröße. Es ist nicht ein Schüler, das ist kein, also wir können hier auch nicht würfeln. Es gibt eine ganz klare festgesetzte Grenze, die das Land vorschreibt. Und mit der sind wir konfrontiert.

Wir haben als Schulträger und auch in Absprache mit der Schule oft darauf gesetzt, und so eine Art Hinhaltetaktik klingt ein bisschen zu sehr nach Harakiri. Aber wir haben das Beste als Schulträger gemacht, damit die Schule sich natürlich aus sich selbst heraus erholen kann. Das, was in unserer Macht stand, das heißt Anträge gestellt auf Sondergenehmigung, dass die Anfangsklassen gebildet werden können und dass dann im nächsten Schuljahr hoffentlich die 112 kommen, hat nicht geklappt. Im nächsten Schuljahr hoffentlich die 112 kommen, hat nicht geklappt, und somit umso mehr, also umso öfter das nicht klappt, umso geringer werden ihre, also umso mehr schreiten sie unter die 600. Und selbst mit dem nächsten Jahr können wir das nicht rausholen. Selbst ein Jahr mit 112 würde das nicht rausholen, weil wir brauchen 40.

So, und was auch noch wichtig ist, das wird hier in manchen Stellen suggeriert. Die Stadt hat was gegen KGS'en. Und die Stadt setzt sich nicht gut genug ein. Das ist, Sie haben doch auch die letzten Jahre verfolgt, was wir hier auch allein schon hier im Bildungsausschuss für die IGS'en gekämpft haben. Wir haben eine vierte IGS auf dem Weg bringen wollen. Letztes Jahr wurden wir dann mit zwei Stunden vor Bildungsausschusssitzung mit einer E-Mail aus dem aus der Schulbehörde einfach gekickt, und dann wurde gesagt, tja, ist doch nicht mehr genehmigungsfähig. Sorry, wir haben uns geirrt. Plant mal bitte neu, Sie wissen das ja. Also deswegen lassen Sie bitte nicht zu, dass hier der Eindruck entsteht, wir würden uns als Stadtverwaltung nicht auch für die IGS'en einsetzen oder für die KGS'en.

Wir haben schon geguckt, welche Möglichkeiten wir haben. Aber da, und das muss auch noch mal ganz klargestellt werden, der Punkt ist, dass Genehmigungsverhalten, Gesetzesgrundlage hin oder her, das Genehmigungsverhalten der Schulbehörde, oberste und obere Schulbehörde, zeigt ganz klar, dass bestehende Schulen, egal welcher Schulform, Vorrang vor neuen Schulen genießen. Das heißt, die Schulbehörde würde uns keine Aufnahmesatzung genehmigen, in der wir die Sekundarschulen auf Kosten einer weiteren IGS ausstechen. Egal, was die Eltern wollen, das sage nicht ich, das zeigt das Genehmigungsverhalten, das ist auch an der Stelle nicht böse gemeint, ja, aber das muss man sich mal bewusst machen.

Diese Schreiben werden Ihnen ja auch regelmäßig vorgelegt im Rahmen Anlage 4, Anlage 5 vom Schulentwicklungsplan im Rahmen der Beteiligung. Was auch nicht stimmt, und deswegen, Herr Senger, ich schätze Sie wirklich, aber dieses falsch, falsch, falsch, das ist, das macht richtig Fronten auf. Wir haben mit Schreiben vom 15.08.25 an diesem Fusionsbeschluss, wobei das ist noch nicht mal ein Fusionsbeschluss, um ehrlich zu sein, heißt es, die KGS ist nicht bestandsfähig. Wir heben die auf, die ist platt, und wir gliedern den Schulstandort an die IGS am Steintor an. Die ist platt, weil wir sie, weil wir keine Genehmigung für eine bestandsfähige Schule bekommen. Das ist sozusagen die tatsächliche Rechtslage und beziehungsweise die Front, der wir uns aus Sicht der Schulbehörde entgegensetzen und wo wir versuchen, das Beste daraus zu machen. Das hat Frau Brederlow jetzt schon mehrfach pointiert, ja, und tut mir leid, ich bin zu lang. Ich wollte das bloß noch mal an der Stelle ganz klar machen.

Langfristige Kooperation, also die Möglichkeit der Kooperation in den Gesamtschulen, besteht aber nur für einzelne Jahre. Langfristige Kooperationen sind wirklich gestrichen. Sie müssen da den Kopf schütteln. Wir haben das eruiert. Und noch ein Punkt zu den falschen Zahlen, die falschen Zahlen, die wir hier angeblich präsentieren. Das würde ja bedeuten, dass wir mindestens vier Fachplaner haben, die totale Trottel sind und die ihr Verfahren nicht eruiert bekommen, das suggeriert das. Die Zahlen sind falsch, ja, so Gesetz auf natürliche Erholung, KGS ist nicht eine IGS.

Genau, warum hat Frau Burkert noch gefragt, letzter Punkt, vielen Dank für die Zeit. Warum wird die KGS? Warum fehlt denn dann ein Schüler, die IGS hat so einen Überschuss, ja, noch mal, natürlich sind es beides Gesamtschulen. Aber, und das sagen wir auch schon seit vielen Jahren, und das sehen Sie ja auch, die KGS'en werden schlechter angewählt im Gymnasialzweig als die IGS'en, ja, und das sehen Sie auch anhand der Zahlen. Danke.

Frau Ranft

Vielen Dank. Ich würde noch mal einerseits darauf hinweisen wollen, dass das Instrument, dass man die Redeliste strikt einhält, auch ein bisschen dafür sorgt, dass die Emotionen sozusagen nicht ganz so hoch, weil man dieses vermeidet, dass der eine auf den anderen direkt antworten kann. Deswegen würde ich jetzt, ich habe jetzt gesehen, Frau Winter und Herr Wussow haben getauscht. Aber ich würde jetzt, also Herr Wussow hat sich jetzt sehr oft gemeldet. Ich würde jetzt noch mal trotzdem fragen, obwohl ich die Emotionen eigentlich rausnehmen möchte, Herr Schachtschneider und Herr Scherer, wollen wir doch erst mal sozusagen den Vorschlag von Frau Burkert eben noch mal aufgreifen oder wollen Sie jetzt gerne reden, damit wir wirklich jetzt mal ein bisschen Emotionen rausnehmen.

Herr Schachtschneider

Das passt.

Frau Ranft

Okay, dann Herr Schachtschneider bitte, und danach Herr Scherer.

Herr Schachtschneider

Ja, also Herr Petzold hat es nicht besser gemacht. Also ich habe vorhin aufgepasst, und Herr Wussow kann ja wahrscheinlich zählen. Und bei seiner Aufzählung von den Schülern, da lag die Zahl bis auf einen Fall immer über 100. Ganz anders Herr Petzold, da lag sie bei 99 bis zu 94 runter. Das wäre jetzt die Frage nach Zahlen.

Herr Senger, wir haben uns trefflich gestritten in letzten Jahrzehnten, kann man ja sagen, und Sie haben mich dann immer mehr zum Freund der gesamten, auch der IGS, gemacht, also so, dass ich nicht mehr so ablehnend dem gegenüberstehe, weil ich den Elternwillen natürlich akzeptiere. Von Ihnen kam genau derselbe Vorwurf. Sie reden über falsche Zahlen.

Herr Petzold, Sie haben es jetzt nicht konkret. Da würde ich vielleicht beide mal drum bitten, dass man mal wirklich eine Zahl, weil ich als Stadtrat muss mit irgendeiner Zahl arbeiten. Irgendeine Zahl muss ich vertreten. Ist es die Zahl von denen, die direkt Schule machen, oder ist es die Zahl der Verwaltung? Also da würde ich mal bitten, dass wir das mal konkretisieren nicht, dass wir alle hier über irgendwelche falschen Zahlen reden.

Frau Ranft

Wenn ich mich mal einschalte. Ich werbe ganz stark für die Teilnahme, also ist jetzt gar keine Kritik, aber für die Teilnahme an der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung, weil wir da solche Fragen, weil wir da auch sag ich mal, kritisch den Zahlen gegenüberstehen. Und wir das aber sozusagen da ganz intensiv auch diskutieren, wie die Zahlen sind. Nur ein kleiner Werbeblock für die Teilnahme an der Arbeitsgruppe. Die Frage hatte jetzt Herr Petzold eigentlich schon beantwortet. Würde ich jetzt, oder ich hab jetzt die Frage, wessen Zahlen stimmen? Also wie sollen da jetzt die.

Herr Schachtschneider

Beide haben keine Konkreten Zahlen erwähnt, deswegen bitte ich um Konkretisierung. Und dann kann man sagen, diese Zahl ist falsch. Irgendeine, wir müssen sie nicht alle durchgehen, aber.

Frau Ranft

Also ich hatte jetzt auf beiden Seiten Konkrete Zahlen gehört. Aber wer soll jetzt entscheiden, was jetzt falsch ist, Herr Schachtschneider? Ja, genau. Dann bitte ich jetzt Herrn Scherer um seinen Wortbeitrag.

Herr Scherer

Ja, Herr Senger hatte ja die Befürchtung geäußert, dass am Ende dann die Plätze für eine Gesamtschule nicht reichen. Ich wollt mich jetzt rückversichern, also im Zweifelsfall würden wir wieder so nachsteuern, wie wir das die letzten Jahre gemacht haben, richtig? Da haben wir ja noch mal zusätzliche Züge möglich gemacht.

Herr Hiepe

Also von Nachsteuern kann man jetzt noch nicht reden, weil grad momentan aus der prognostischen Perspektive sehe ich keinen Bedarf nachzusteuern. Und wie gesagt, noch mal, dann und wann erkennt Herr Senger, dass es den Paragraph 34 gibt. Da steht ganz klar drinnen, Schulform und Bildungsgang wird gewählt anhand der Plätze, die zur Verfügung stehen. Wir haben mit den Schulen abgestimmt, wie viel Kapazitäten sie zur Verfügung stellen können, und darauf vertrau ich auch. Vertrau ich darauf, weil mir das die Schulleitungen sagen, und zum andern, weil das widerspiegelt wird, was auch die Schulentwicklungsplanung darstellt.

Frau Ranft

Okay, dann jetzt Herr Wussow, bitte.

Herr Wussow

Also, ich versuche es so emotionslos wie möglich zu machen, obwohl mir das natürlich, bei dem, was man hier zu hören bekommt, an der einen oder anderen Stelle wirklich schwerfällt, gerade wenn dann gesagt wird, dass die KGS platt ist. Einmal möchte ich Herrn Senger recht geben, dass eine Gesamtschule neben einer Sekundarschule beziehungsweise Gemeinschaftsschule und neben den Gymnasien besteht. Und die Ausrichtung der Gesamtschule, ob IGS oder KGS, am Ende ein Schulprofil ist. Und deswegen ist also auch nicht so recht nachvollziehbar gewesen, und da tat mir die Stadt auch leid und der Schulträger, warum im letzten Jahr die Umwandlung, wir haben es Neugründung beziehungsweise Neuausrichtung genannt, der KGS in eine IGS am Ende widersprochen wurde. Das Ganze ist rechtlich nie zu Ende bewertet worden, weil das Landesschulamt uns das ja auch so empfohlen hatte und dies also auch so gewünscht hat. Am Ende aus Magdeburg dort, na, ich sag mal so, die Gemengelage so komplex war, dass man das am Ende juristisch noch nicht ausgefochten hat. Und Frau Brederlow da ja auch gesagt hat, wir wollen das nicht ausfechten, weil am Ende die Kinder diejenigen wären, auf deren Rücken das aussieht, verfochten wird, beziehungsweise die Eltern da in der Warteschleife hängen. Das versteh ich auch, und das kann ich auch nachvollziehen.

Jetzt haben wir uns ein zweites Mal bereit erklärt, unsere Neuausrichtung in eine IGS vorzunehmen, so dass also perspektivisch auch die, ich sag mal, die Argumentationsstruktur des nicht mehr dafür verantwortlichen Herrn Stübig mittlerweile auch aus Magdeburg und aus dem Landesschulamt sagt, dass das, was ihr jetzt vorhabt, in die Umwandlung, ob wir es Fusion oder Schulverbund nennen, spielt dabei wirklich keine Rolle, dass das also rechtsfähig wäre und wir sozusagen von unten als IGS weitermachen und oben für die Gymnasialenklassen letztendlich das so auswächst, wie es bis jetzt bestanden hat. Und auch diese Kooperation in den nächsten Jahren, so wie sie 25 Jahre erfolgreich funktioniert hat, weiter bestehen darf. Da ist also gibt es keinerlei andere Aussage. Ja, es gibt die Aussage, dass die Kooperation zwischen KGS und IGS auf Dauer nicht mehr möglich sein soll, spielt aber auch in der Stadt in dem Sinne eine untergeordnete Rolle.

Wenn man das bezieht auf die IGS am Steintor und die jetzige KGS Hutten und zu den Zahlen noch mal. Wir haben in den letzten Jahren immer die 100 überschritten, und da rede ich von 25,24,23. Ja, in dem Jahr 22 hatten wir sehr viel weniger, das muss man also sagen. Da sind 75 gewesen. Man muss aber auch immer gucken, warum das so war. Und jetzt mit dem, dass wir eine IGS werden, mit dem, was jetzt vorgeplant wurde, auch mit dem Anbau, richtet sich eigentlich alles dahin, dass also die Attraktivität des Schulstandortes Rostbachstraße sich erhöht. Und ich möchte ihren Ihre emotionalen Begriffe aufnehmen, ob die vier Planer wissen, was sie tun. Ich geh einfach davon aus, dass sie wissen, was sie tun, denn sie haben ja vorgeschlagen, dass dieser Erweiterungsbau dringend nötig ist, und eine IGS braucht mehr Räume als eine KGS. Deswegen ist es für mich nicht nachvollziehbar, warum im letzten Jahr der Baustopp erst mal kam und in diesem Jahr immer noch nichts diesbezüglich getan wurde, dass der Bau 26 loslegen kann.

Frau Ranft

Vielen Dank. Frau Seebauer.

Frau Seebauer

Die Attraktivität der Schulen in Halle stellt für uns als Eltern nicht nur die räumliche Nähe zu unserem Wohnort da, sondern auch die Ausstattung, gerade der IGS am Steintor, die meine Tochter besucht, ist modern offen gestaltet. Moderne Medien werden vernünftig ab der Jahrgangsstufe sieben aktuell eingesetzt, und das war für mich ein Entscheidungskriterium. Wir haben alle Fachräume, und auch das Abitur kann im gewohnten Umfeld erreicht werden.

Wenn ich jetzt betrachte, dass die KGS-Hutten sich anschließen soll, wo kommen die Schüler unter? Der Raum ist nur einmal da. Hat meine Tochter überhaupt dann noch den Platz im Biunterricht, im Chemieunterricht? Wie stellt sich die Stadt die Umwandlung vor? Ist für alle Schüler für ausreichend Platz gesorgt, nicht nur mit einem Tisch und einem Stuhl, sondern auch, was den Fachunterricht angeht?

Müssen unsere Schüler, die es im Auswahlverfahren mit Warteliste, und wir waren selbst auf Platz 80, es überhaupt dahin geschafft haben, denn noch so gewährleistet? Die Angst, durch das Nichteinbeziehen, was sich bei uns aufgestaut hat. Wie geht es für uns weiter? Werden wir zur KGS? Werden wir zur IGS? Nehmen wir in der Schule mit dazu? Werden wir wegrationalisiert? Wer wird wegrationalisiert? Die Offenheit der Stadt uns gegenüber würden wir uns weiter wünschen.

Herr Hiepe

Ich würde gerne erstmal auf das Statement von Herrn Wussow eingehen. Also alles so bleiben, wie es bislang ist, kann es nicht sein, weil einfach das Schulgesetz einfach was anderes vorgibt. Es wird zwar Gesetz kein Zusammenschluss mehr geben in der Oberstufe von kooperative und integrativer Gesamtschule. Wir sind einfach hier Rechtsanwender, das heißt, wir müssen auch das Schulgesetz in der 18. beziehungsweise jetzt 19. am Änderungsversion anerkennen.

Ansonsten, ja, ich habe das zur Kenntnis genommen, dass an der KGS grad bei den Fachkabinetten. Dann müssen wir auf jeden Fall noch mal nachsteuern, das auf jeden Fall, deswegen haben wir uns auch noch mal mit Schulleitung verständigt auf einen Termin, dass ich mir vor Ort auch noch mal mit dem Fachbereich für Immobilien und Schulausstattung uns noch mal die Räume anschauen, und in jeden Fall, anders steht es ja auch nicht nachher in dem Bericht vom Fachbereich 24.

Also das Raumkonzept wird mit dem Zusammenschluss der beiden Schulen in jedem Fall noch mal überarbeitet werden, und der erste Schritt ist dann Mitte Dezember, wenn wir uns vor Ort die Schule noch mal anschauen.

Frau Brederlow

Ich habe bei Herrn Petzold gerade noch mal gefragt, weil mir auch aufgefallen ist, dass mehrere Schulen beim Beteiligungsverfahren zur Schulentwicklungsplanung sich nicht zurückgemeldet haben. Er hat mir aber versichert, dass tatsächlich alle Schulen, also Schulleitung, Lehrervertretung und auch Elternvertretung, die entsprechenden Unterlagen bekommen haben müssen. Sie sind raus, nach weiß nicht, bei uns, dass ja mit Schreiben vom 15.08. Wir werden noch mal nachvollziehen, warum da nichts zurückgekommen ist und woran Beteiligung da gescheitert ist, aber das formale Verfahren, also es gibt ja ausreichend Schulen, die auch zurückgemeldet haben. Aber wie gesagt, ist mir tatsächlich auch aufgefallen.

Zu der Frage, was die Schulen tatsächlich angeht, also ob sie jetzt ihre Kinder dann nicht mehr genug Platz an der IGS am Steintor haben, nein. Was die räumliche Situation angeht, es bleiben ja die beiden Standorte, so ist zumindest die momentane Idee. Wenn Herr Wussow sagt, wir führen die Schule dann als IGS weiter ab der fünften Klasse, so war ja auch unsere Abstimmung, dass tatsächlich so zu tun.

Ich habe grad noch mal im Schulgesetz geguckt, es steht dummerweise tatsächlich drinnen, die fusionieren. Unter der Überschrift Kooperation würde es mir besser gefallen, aber gut, das muss man sicherlich mit der Schulbehörde dann noch mal klären, wie man das dann rein rechtlich auffasst. Da sind ja Herr Hiepe und Herr Petzold auch intensiv mit dem Landesschulamt im Gespräch, dass wir das rechtssicher machen, nicht dass wir dann wieder irgendwo ein Schreiben herbekommen, so wie ihr das da euch vorgestellt habt, geht es nicht, weil die Verunsicherung bei den Eltern können wir uns sich noch mal leisten.

Herr Wussow, da sind wir uns ja auch einig, das haben Sie ja gerade gesagt, also so bestimmte Sachen kann man da tatsächlich nicht machen. Herr Petzold, haben Sie noch mal Ergänzung?

Frau Ranft

Dann wäre jetzt Frau Winter. Sie haben ja Plätze getauscht mit Herrn Wussow, dann wären Sie jetzt dran, wenn Sie möchten. Frau Seebauer, Herr Wussow, machen Sie einen Platz vielleicht, oder Herr Senger, genau, ja. Frau Winter, bitte.

Frau Winter

Guten Abend, also ich bin hier, um für die Eltern zu sprechen. Wir haben jetzt ganz viele Zahlen gehört und ganz viele Vorwürfe uns als Eltern. Der Großteil möchte, wünscht sich natürlich, dass die Eigenständigkeit erhalten bleibt. Ja, das ist von Standort, von Strukturen, von Tradition einfach geprägt, dass das so ist.

So, wie wir das verstanden haben, wäre ja dann bei diesem, ich sag jetzt mal, Großprojekt mit zwei entfernten Standorten auch nur eine Leitung. Was sehr große, ich sag mal, Bauchschmerzen macht bei wahnsinnig vielen, wenn eine schnelle Entscheidung zum Beispiel getroffen werden muss, wie wird das gehandhabt. Allgemein die Handhabung, welche Lehrer wann pendeln, welche Klassen sollen wann wohin, das sind natürlich Fragen, die die Eltern, ja, sie schwirren im Kopf rum.

Es gibt halt auch Eltern, die noch nicht wissen, melden wir an, melden wir nicht an, weil ich sag jetzt mal, der Neubau, Anbau wäre natürlich ein super optimaler Reiz zu sagen, okay, die Schule ist vollkommen ausgestattet. Da gibt es keine Probleme. Es schwirren sehr viele Fragen, die sind sehr ungeklärt.

Wir möchten wirklich eigentlich, dass das einfach die Qualität, die Lernqualität, der Bildungsauftrag einfach nicht verloren geht, weil ich sag jetzt mal vorsichtig hin und her

geschmissen wird. Also wir möchten gern schon die Eigenständigkeit haben. Wir hätten gern den Anbau, dass wir als vollwertige Schule weitergeführt werden und halt nicht als Ableger.

Gibt es da irgendwie schon Pläne. Wie ist das strukturiert. Wie, welche Kinder wann wohin müssen, also das sind natürlich alles Sachen, die irgendwo, wenn das so konzeptlos ist, wirkt es natürlich ein bisschen unschön.

Frau Brederlow

Also nehmen Sie mir es nicht übel, aber Sie fragen gerade die Falschen, weil das sind schulinhaltliche Fragen, die der Schulträger natürlich vorab mit dem Landesschulamt an der Stelle klärt. Herr Senger, da können Sie die Hände heben, dafür sind wir nun mal nicht die Kompetenten, da sind wir uns, glaub ich, auch einig. Das sind also Inhalte, die gerade auch in den Gesprächen, die zwischen uns als Schulträger und dem Landesschulamt und dann auch unter Einbeziehung der Schulleitungen, gerade in der Klärung sind, wie so was ablaufen kann.

Das war auch in den zwei Runden, wo ich bei den Versammlungen der Gesamtschulen dabei war, war das auch durchaus ein Thema. Sie erinnern sich ja vielleicht auch, da waren Sie auch als Schule auch sehr aktiv, als der Vorschlag dann aus dem Bildungsausschuss herauskam, tauscht doch mal die Räume, die Häuser, da war dieses Thema Identität ja auch schon mal ein Thema. Also so lange ist das schon im Gespräch. Also dass das nun gar nicht transparent war, das kann ich jetzt nicht so ganz nachvollziehen.

Was den Anbau angeht, also zum einen ist der nicht mit einem Fingerschnipsen mal plötzlich da, und das Problem, habe ich ja jetzt gesagt, ist momentan vom Gesetzgeber her um zwei Jahre verschoben worden. Eigentlich hätten wir 2027 schon die große Fusionswelle, so nenne ich sie jetzt mal, die möglicherweise dann gekommen wäre. Glücklicherweise haben wir jetzt Bildungsminister, der aus der Praxis kommt und weiß, dass das nicht von heute auf morgen zu machen ist.

Und sie haben vorhin ja auch gehört, was durchaus, also mehrere Sachen, wir als Schulträger haben alle Schulform zu beachten, können keine bevorzugen, so leid mir das tut, aber ich hab auf alles zu gucken. Der zweite Punkt ist tatsächlich auch die Bevölkerungsentwicklung, und es sind nicht nur die Geburtenzahlen, die zurückgehen, sondern die Meldezahlen. Das heißt, es ziehen tatsächlich Familien aus Halle weg. Das ist eine große Schwierigkeit, die wir momentan haben, und das erhöht das Risiko in den nächsten Jahren tatsächlich.

Das ist das, was ich vorhin zu Herrn Senger meinte. Also nicht nur, dass wir dann für 2029 das Schuljahr uns dann wieder anfangen zu streiten, in zwei Jahren, sondern wir werden dann möglicherweise auch noch mal von ganz anderen Kinderzahlen ausgehen. Und noch mal, wir als Schulträger sind verpflichtet, alle Schulformen im Blick zu haben, wo die der Abschluss der Sekundarstufe eins gemacht werden kann. Und das sind eben auch die Sekundarschulen, und die haben das ein ähnliches Problem, eigentlich noch viel gravierenderes.

Die haben in der fünften Klasse in der Regel eine geringe Anwahl, müssen dann aber Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die dazuziehen oder aus anderen Schulen wechseln, müssen dann entsprechend auf die Sekundarschule. Die haben das Problem später, dass sie zusätzliche Schüler kriegen, was vorhin von Herrn Wussow gesagt wurde, was die KGS teilweise auch betrifft. Das dürfen wir auch nicht vergessen.

Frau Ranft

Ich habe jetzt noch drei Rednerinnen auf meiner Liste hier und würde vorschlagen, weil es ja auch die erste Lesung ist, dass dann die Rednerliste möglicherweise für heute erschöpft ist.

Aber das entscheiden sie. Ich habe jetzt Herrn Senger, dann habe ich Frau Burkert und dann noch mal Herrn Wussow und vielleicht Herrn Wussow als Schlusswort. Aber das ist nur ein Appell, beantragen müsste es jemand anders, aber vielleicht schaffen wir es ja auch appellarisch. Herr Senger, bitte.

Herr Senger

Ja, es steht immer noch die Frage offen, nämlich mit den Zahlen. Ich würde die gerne mal bringen. Also, ich möchte noch mal was klarstellen. Auch Herr Petzold, es geht nicht darum, dass Sie falsche Zahlen bringen im Sinne von falschen Zahlen. Das ist ja nicht gesagt, das habe ich vorhin schon mal gesagt, sondern sie stehen im falschen Kontext und das ist das Entscheidende, wenn ich, und ich sag es noch mal, wenn ich nicht die Zahlen nehme, was die Eltern anmelden und dies als Bedarf nehme, sondern ich nehme das, was dann am Ende weggefallen ist und was ich eigentlich nur als zu wenig da habe als Grundlage für das nächste Jahr berechne, dann rechne ich mit zu wenig.

Genauso ist es mit ihrer Prognose, die Sie erstellt haben, wo Sie sagen, was völlig richtig ist. Ich muss einen Teil abrechnen, weil der an die freien Träger geht. Aber das muss ich nicht von der Gesamtsumme abrechnen, sondern das muss sich von der Summe abrechnen, wo teils die Kinder weggehen müssen, die Gymnasien. Also kann ich nicht von den Bereichen von den Schulen, wo gar keine freien Träger da sind, nicht in auch ein Teil mit wegrechnen, weil ich sage, na, die gehen ja an die freien Träger. Das funktioniert nicht, das muss man dann auch schon sauber machen.

An der Stelle ist es auch ein klarer von mir letztendlich so identifizierter Fehler so und jetzt komm ich noch mal zu den Zahlen, damit ich auch die Frage von Herrn Schachtschneider jetzt so lange zusammen und dann trotzdem, es schockiert mich auch ein bisschen, dass ich Sie „*unverständlich*“, weil das finde ich so toll, also.

Ich geh jetzt mal nur auf die Kapazitäten. Ich habe das eigentlich auch in unserer Stellungnahme drinnen stehen. Da kann es jeder noch mal gerne nachlesen. Ich nehme jetzt nur mal die Kapazitäten der Gesamtschulen. Wir hatten 23/24 eine Kapazität von 619 tatsächlich zum Losverfahren, die dazu oder die zur „*unverständlich*“ waren, gebraucht hätten wir 740. 24/25, 703 waren zur Verfügung, 801 hätten wir gebraucht. 25/26, 636 zur Verfügung, gebraucht hätten wir 783. Und nach der neuen Prognose sollen jetzt wieder 636, also 700 Plätze sind in den Gesamtschulen zusammen.

Davon ziehen Sie jetzt, müssen Sie einfach noch die Nachrücker abziehen, Quatsch, die Wiederholer abziehen, kommen Sie wieder auf 636 und das ist das, was ich vorhin schon mal gesagt habe. Sie werden definitiv sehen. Das erste Anwahlverhalten wird nicht 700 sein oder darunter, sondern wir werden wieder bei 780/790, vielleicht sogar wieder bei 800 sein. Und genau das ist das, wo ich sage. Hier rechnen Sie falsch, denn es geht nicht um das, was dann am Ende in den Schulen landet, weil wir zu wenig haben, sondern es geht um das, was wir an Bedarfen haben und an die Bedarfe.

Und ich meine, Herr Hiepe, wenn Sie in die Stellungnahme reinschreiben, das ist eine politische Zahl, die wir reinhaben. Ich lese sie mal kurz vor, was das Gericht gesagt hat. Grenzen des Losverfahrens. Das OVG Sachsen-Anhalts hat entschieden. Losverfahren sind zulässig, aber nur zur Verteilung innerhalb einer Schulform. Sie dürfen nicht dazu führen, dass die gewählte Schulform verweigert wird. Und genau das machen sie und das behaupten sie auch noch, dass sie das mit rechtens machen, und das funktioniert so einfach nicht, das stimmt einfach nicht.

Herr Hiepe

Genau, ich probiere es mal diplomatischer, ich sag mal, Herr Senger, es gibt unterschiedliche Perspektiven. Ihre Perspektive ist die Anwahl von der Erstanwahl her, das kann man so machen, da gibt es aber Konsens im Bildungsausschuss, vor allen Dingen seit dem letzten Jahr, dass wir anhand der Endzahlen die Berechnung machen. Da gibt es unterschiedliche Perspektiven. Wir schließen uns an mit dem, was hier der Bildungsausschuss beschlossen hat.

Also, die Anwahl wird berechnet anhand der Endstände. Ist eine andere Perspektive und sie geht immer davon aus, ja okay, die Schulform, dass Eltern immer genau die gleiche Schulform haben wollen. Aber wie gesagt, es gibt unterschiedliche Gründe für Eltern, warum sie eine Schule wählen. Und es kann zum Beispiel auch der Standort sein, das heißt, ich hab durchaus eine große Anzahl an Eltern, die vielleicht eine Gemeinschaftsschule in Neustadt wollen, die nicht bekommen und dann auch sagen, ich gehe auf eine andere Gemeinschaftsschule oder ich gehe auf das Gymnasium. Die Wahlfreie gibt es und Sie unterstellen mit ihrer Behauptung, dass Zahlen falsch seien, einfach, dass Eltern immer die gleiche Schulform haben wollen. Das ist nicht so. Es gibt, wie gesagt, unterschiedliche Gründe dafür.

Und ansonsten zur Rechtsauslegung hatte ich jetzt mehrfach gesagt, die verfügbaren Plätze, und Sie können sicher sein, dass ich als diejenige Abteilung, die die Klagen hat, weiß, wie begründet wird, weil wir die Urteile auch vom Gericht lesen.

Frau Ranft

Frau Dr. Burkert, bitte.

Frau Dr. Burkert

Ja, wir haben ja gesehen, es gibt eine Petition von den Eltern KGS Hutten zum Erhalt der KGS Hutten und Eigenständigkeit der IGS am Steintor mit sehr, sehr vielen Unterschriften, was ich jetzt wahrgenommen habe, den aktuellen Stand habe ich aktuell nicht. Die Frage ist noch mal, das ist ja doch aus meiner Sicht eine Botschaft an die Stadtverwaltung, dass man sich doch einsetzen sollte, um einen Weg zu finden und die KGS Hutten zu erhalten und auch eine eigenständige IGS am Steintor. 1300 Unterschriften sehe ich gerade, das ist ja doch allerhand und die Frage ist, welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung? Sieht sie die Möglichkeit, dass wir auch die Zahlen noch mal abgleicht zwischen Verwaltung und der Schulleitung von der KGS Hutten? Und sieht die Stadtverwaltung auch die Möglichkeit, im Ministerium noch mal eine Sondergenehmigung vorzubringen, weil sie hatten ja angekündigt, dass sie jetzt Mitte Dezember, das ist ja dann schon nächste Woche, in die KGS Hutten gehen, sich die Technikräume noch mal anschauen.

Und wir haben ja den Stadtratbeschluss von 6/24. Wir haben die Architekturleistung. Wir haben schon die Planung, aber im Haushalt steht es ja jetzt noch nicht drin. Der Anbau ist dann vorgesehen, wenn sie sich dann überzeugen, dass die Technikräume so im schlechten Zustand sind, wie es zu erwarten ist. Dass der Anbau dann doch nächstes Jahr kommt, dann müssten wir das Geld ja den Haushalt noch einstellen.

Frau Brederlow

Das eine hat zum Teil mit dem anderen zutun. Ich habe vorhin von den Fachunterrichtsräumen gesprochen, das muss man trennen von dem Anbau. Das wird sich der entsprechende Bereich auch noch mal angucken, was da gemacht werden kann. Ja, das kann man, muss dann mit in den Haushalt. Das ist dann noch nicht drin.

Das richtet sich aber an Sie als Stadträte, genauso wie die Petition sich mitnichten an die Verwaltung richtet, die richtet sich an den Bildungsausschuss, also auch an sie. Sie entscheiden hier, ja, das wollen wir mal klarstellen.

Genauso wie Herr Petzold jetzt auch noch mal, nein, Herr Hiepe, noch mal deutlich gesagt hat, dass es hier im Bildungsausschuss die große Diskussion war, welche Zahlen nehmen wir als Grundlage. Da werden Sie sich dran erinnern. Da war Herr Riedel auch der Wortführer an der Stelle, dass es ist nämlich noch gar nicht so lange her, also sicherlich werden sie sich da dran erinnern.

Ja, Frau Dr. Burkert, ich habe es vorhin gesagt, gehen Sie das Risiko ein, dann halten Sie aber auch aus, was dann an Gegenwehr kommt, denn ich werde mich da nicht hinstellen. Das sage ich hier ganz deutlich.

Frau Ranft

Herr Wussow, Sie stehen jetzt auf meiner Liste. Könnte ich mich davor schalten und Ihnen dann sozusagen das Schlusswort überlassen. Vielen Dank. Als Vorsitzende hat man manchmal so ein paar Privilegien.

Ich wollte also, weil mich das so ein bisschen, also die Argumentation oder die Fragen von Frau Burkert, die haben jetzt ausgelöst, dass ich mich auch noch mal zu Wort melde. Ich kann natürlich die Elternsicht total verstehen. Als Mutter, wenn ich nicht weiß, wo lernt mein Kind, lernt es im Bereich hier, die Schule hier, oder lernt es in diesem Bereich, das kann ich voll nachvollziehen. Die Wegebeziehung, muss mein Kind von einer Schule innerhalb im Tag wechseln zur anderen Schule, kann ich völlig nachvollziehen. Wie sind die Wege? Welche Klasse muss wechseln? Wo macht mein Kind dann Abitur oder die Oberstufe? Kann ich völlig nachvollziehen.

Als Kollegin kann ich das auch nachvollziehen, dass die Kollegen wissen wollen, wo sie arbeiten, die jetzt an dem einen Standort arbeiten, machen sich natürlich Gedanken, ob sie dann an den anderen Standort wechseln müssen. Auch völlig nachvollziehbar. Aber trotzdem kann ich doch mit dieser Sicht und ich finde auch aus Elternsicht, um es noch zu ergänzen, die Petition völlig nachvollziehbar.

Aber ich bin doch hier als Stadträtin sozusagen nicht nur als Mutter. Natürlich spielt das auch immer eine Rolle mit, aber ich bin hier als Stadträtin und kann mich doch diesen Gesetzmäßigkeiten, kann ich mich nicht verschließen. Und diese Frage, welche Zahlen stimmen, welche nicht, da gehe ich davon aus, dass die Zahlen, dass es Gesetzmäßigkeiten gibt und die dann abgeglichen werden und dass verschiedene Zahlen da sind. Das finde ich ein Unding und da würde also, ich möchte jetzt niemandem zu nahe treten, aber wenn Herr Petzold jetzt sagt, das sind seine Zahlen, dann ich nicht jetzt, dass ich jetzt sage, Herr Wussow sagt jetzt die Zahlen nicht richtig, aber dann bitte ich darum, dass das noch mal geklärt wird. Vielleicht, wer hat die richtigen Zahlen, ja, welche Quelle und welche auf was wird zugegriffen?

Und wenn Herr Hiepe aus Gesetzen und Frau Brederlow aus Gesetzen zitieren, dann geh ich erst mal davon aus, dass hier die Leute sitzen, die auch eine juristische Abteilung haben. Und dann gehe ich davon aus, dass das stimmt, und dass formt dann natürlich meine

Entscheidung. Und ich bin aber auch dankbar für die Diskussion heute, dass wir es heute noch nicht entscheiden.

Aber es ist mitnichten, so dass also, ich kann natürlich nicht für alle sprechen, aber es ist jetzt nicht nur so, dass die Einzige, die halt Probleme haben mit der Fusion, die SPD-Fraktion ist, sondern wir machen es uns allen nicht leicht. Aber wir haben eine andere, vielleicht eine andere Interpretation unserer Aufgabe, und deswegen finde ich es gut, dass wir hier diskutieren. Das werden wir mit Sicherheit in der nächsten Bildungsausschusssitzung dann auch noch mal tun.

Und also genau, und der Haushalt hat Frau Brederlow auch angesprochen. Das spielt doch auch eine Rolle, dass wir in der Haushaltskonsolidierung sind und noch nicht mal wissen, beschließen wir den Haushalt. Und auch das beeinflusst natürlich meine Entscheidung mit ihrem Anbau, so leid mir das tut. Aber pädagogisch kann ich das völlig nachvollziehen. Aus Elternsicht kann ich das völlig nachvollziehen, aber es sind verschiedene Dinge, die zu beachten sind.

Vielen Dank, dass ich das sagen konnte. Und jetzt sehr gerne als Schlusswort. Herr Wussow.

Herr Wussow

Danke, dass ich da nochmal was dazu sagen kann. Also das letzte Mal hat Herr Petzold sich gerade bezogen auch auf diesen Erweiterungsbau mit Räumen geäußert und hat gesagt, an dem einen Standort sind 51 Räume, an dem anderen sind 27 Räume, summa summarum können wir abdecken, dass die Räume ausreichend sind, der Anbau nicht mehr gebraucht wird, Zitat Ende. Und dann wurde gesagt, dass also perspektivisch am Standort Rossbachstraße nur noch drei Züge bleiben sollen, Zitat von Frau Brederlow, damit wir nicht in Gefahr laufen, dass eine Sekundarschule geschlossen werden muss. Das sind die Aussagen, die da gekommen sind.

Da interessiert niemanden, und das muss ich jetzt so emotional sagen, niemanden, welche pädagogischen Konzepte wie und wo umgesetzt werden. Das ist auch Sache der Schule, keine Frage, aber ich kann doch nicht sagen, zwei Klassen der einen Klassenstufe unterrichten wir an dem Standort, zwei andere an dem anderen und oder vier an dem anderen, und dann gucken wir mal, wie die in den Jahrgangsteams sich dann irgendwann vielleicht mal zum Schulfest sehen. Also man muss doch bei aller Liebe, man muss doch auch das pädagogische Konzept, was eine Gesamtschule umsetzen möchte, das muss man doch wenigstens in realistische Form gießen.

und da hätte ich mir gewünscht, dass man in den letzten Monaten auch mal das Gespräch, und da meine ich das Gespräch mit den Schulleitungen und mit der Stadtverwaltung, sucht und dann vielleicht auch mal ins Gespräch kommt, wie lässt sich das umsetzen. Und das ist nicht passiert. Und es tut mir leid, dass ich das so sage, ja, Herr Hiepe, Sie haben mich am Freitag angerufen und haben mir am Freitag gesagt, wir gucken uns das mit den Räumen an der KGS noch mal an, aber ich bitte darum, was ist denn in den ganzen Monaten davor passiert.

Wir haben am 16.09. zusammengesessen, da haben Sie mir gesagt und Herrn Paschkowski gesagt, es soll zu der Fusion kommen. Und wie können wir den Arbeitstitel der Schule nennen? Das war's. Das ist die ganze Kommunikation der letzten Monate. Und hier geht es um Zahlen, die im Juni besprochen wurden. Das nur am Rande.

Wie gesagt, es nützt nichts, wenn ich an dem einen Standort 51 Räume habe, und dann muss ich auch sagen, ich brauche die in Klassen als Klassenräume und nicht als Kursräume.

20 m² Raumfläche reicht für eine Klassenstärke nicht aus. Da muss man also auch fair sein und dann muss man auch gucken, was lässt sich dann am Ende umsetzen.

Und dieser Erweiterungsbau, der im vorherigen Jahr noch nicht zur Debatte stand, wo also auch die Gelder bereitgestellt waren, der steht jetzt auf einmal zur Debatte. Und dann wird gesagt, oh, jetzt haben wir auf einmal weniger Schülerzahlen. Also da frag ich mich, wie professionell ist das Ganze im Vorfeld gelaufen. Und dann frage ich mich auch, wie gehen wir damit mit den Geldern um und vor allen Dingen auch mit den Familien, die da dahinter stehen

Und da bitte ich also auch darum, dass wir uns immer wieder auch gewährleisten und sagen, was muten wir den Familien zu. Ich bin im Sommer angerufen worden, da haben mich Eltern gefragt, ob sie noch einen Platz an unserer Schule kriegen können, weil sie von der Stadt noch keine Zusage für einen Gesamtschulplatz haben. Da waren wir schon in den Planungen, da sind die Elternabende schon gelaufen, da sind wir schon voll im Schuljahr gewesen. Da haben manche Familien, und da rede ich von 90 Familien, glaub ich, noch keinen Schulplatz gehabt. Die wussten noch nicht im Anfang August beziehungsweise Ende Juli, an welche Schule geht mein Kind.

Und diese Situation, die haben wir uns in einer gewissen Weise durch die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren, auch mit verschuldet. Das als mein Letztes dazu. Danke schön.

Frau Ranft

Vielen Dank, Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Die Verwaltung darf glücklicherweise immer was sagen. Ich habe hier eine A4-Seite mit Terminen, wo Gespräche stattgefunden haben. Ich habe durchgezählt, zehn Gespräche seit Anfang des Jahres. Also es ist schlichtweg falsch, dass nichts stattgefunden hat. Und ich habe vorhin gesagt, an zweien war ich selbst beteiligt. Also vielleicht waren es sogar drei. Ich habe jetzt meinen Namen noch mal gefunden. Und es gibt teilweise auch Protokolle, wo man das tatsächlich nachvollziehen kann.

Also ich verbitte mir, dass hier immer behauptet wird, die Verwaltung spricht mit ihnen nicht. Das mag sein, dass es mit Elternvertretungen mitunter weniger Gespräche gegeben hat, aber Herr Wussow, mit Ihnen, das ist schlichtweg falsch.

Und das, was Sie zum dem, was Herr Petzold beim letzten Mal gesagt hat, das waren ein Gedankenspiel bezogen auch auf, ja, künftige Schülerentwicklung. Und Entschuldigung, wir zaubern die Menschen hier nicht weg, aber wir zaubern sie auch nicht her. Wenn wir einen Rückgang haben, dann ist der einfach mal ein Fakt.

Und ich bitte darum, Herr Senger, auch was Sie angeht, Sie haben es ja in ihrer Stellungnahme auch geschrieben, was die Quellen sind der Zahlen, die Sie haben. Wir werden unsere Quellen, wir werden die Quellen nochmal liefern. Ich denke, Sie sollten hier nicht dazwischenreden. Das kann sein, dass es unsere Zahlen aus dem Endberichten sind. Aber wir werden unsere Quellen noch mal offenlegen.

Ja, vielleicht funktioniert inzwischen auch das Bildungsmanagementsystem. Ich weiß es nicht. Dann hätten wir es alle einfach. Einfacher, aber das ist kein städtisches Thema, will ich nur mal sagen, das ist das Landessystem, was uns immer wieder in Schwierigkeiten bringt.

Aber noch mal, also falsche Behauptungen werden dadurch, dass sie immer wieder genannt werden, nicht richtiger.

Frau Ranft

Okay, ich denke, wir sind jetzt reif für die Vertagung. Wer dem Vertagungsantrag zustimmt, Herr Schachtschneider, sehr gut, der meldet sich bitte jetzt. Gegenstimmen, Enthaltungen sehe ich nicht. Dann sehen wir uns hier im Januar wieder. Vielen Dank für die Diskussionen.

Wortprotokoll Ende.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) – 4. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung – gemäß der Anlage 1.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht Projektstand Schulbauprogramm Vorlage: VIII/2025/01849

Frau Ranft wollte wissen, wie der aktuelle Stand zum Anbau auf Seite 13 ist, da sie dachte, dieser sei vom Tisch, da im Haushalt kein Geld dafür vorgesehen sei. Zudem fragte sie zu den Seiten 20 und 21, wann diese zuletzt aktualisiert wurden, da dort steht, dass Kanena, Reideburg und Dölau nicht mehr perspektivisch als Projekt benannt werden, während Heideschule und Radewell noch aufgeführt sind, und wollte wissen, wie diese Entscheidungen zustande gekommen sind.

Frau Brederlow erklärte, dass der Anbau auf Folie 13 weiterhin geplant ist, aber die nächsten Schritte wie Umfang und Ausgestaltung erst nach dem Beschluss der Schulentwicklungsplanung in Angriff genommen werden können. Die aktuelle Planung basiere auf dem ursprünglichen Vorhaben einer eigenständigen IGS. Die Haushaltsmittel seien noch nicht hinterlegt, da ohne Schulentwicklungsplanung eine Einplanung innerhalb der Verwaltung nicht möglich sei. Sie betonte, dass die Architekten zwar warten, die Planung aber weitergeführt werden kann, sobald der Beschluss im Stadtrat vorliegt, wobei zusätzlich noch die Genehmigung des Landesschulamts erforderlich ist.

Frau Schultze sagte, dass die Grundschulen vorerst weiterhin in der Haushaltsplanung aufgeführt sind, da das Thema noch diskutiert wird und noch keine abschließenden Entscheidungen getroffen wurden.

Herr Dr. Meerheim fragte, warum einige Bauprojekte im Vergleich zu anderen stark teurer geworden sind, teilweise sogar ihre Kosten verdoppelt haben, während andere Projekte im geplanten Rahmen geblieben sind. Er wollte wissen, welche Gründe es dafür gibt, ob unterschiedliche Verantwortliche, fehlerhafte Kalkulationen oder die Auswahl von Firmen zu den Kostenabweichungen geführt haben.

Frau Schultze erklärte, dass die Hans Christian Andersen und Albrecht Dürer die größten Kostensteigerungen hatten, weil dort andere Planer im Einsatz waren und der Zustand der Gebäude sehr problematisch war. Hinzu kamen zu niedrig angesetzten Kostenberechnungen, statische Probleme, Kündigungen von Firmen und sogar Insolvenzen, wodurch Neuausschreibungen notwendig wurden. All dies zusammen führte zu den deutlichen Kostenabweichungen im Vergleich zu anderen Projekten.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass seine Kritik sich auf die Astrid-Lindgren-Schule bezieht, deren Kosten sich fast verdoppelt haben und die weiterhin im Haushalt geführt wird. Er bemängelte, dass mangelhafte Bauplanung zu erheblichen Kostensteigerungen geführt habe und äußerte die Ansicht, dass bei einer ordentlichen Planung die Mittel effizienter eingesetzt worden wären, sodass der Anbau an der Hutten bereits hätte realisiert werden können, ohne erneut darüber diskutieren zu müssen.

Frau Schultze erklärte, dass bei der Astrid-Lindgren-Schule noch nicht gebaut wird, sondern sich das Projekt erst in der Entwurfsplanung befindet. Sie sagte, dass der ursprüngliche Beschluss aus dem Jahr 2022 auf einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung basierte und damals von Kosten in Höhe von 16 Millionen Euro ausging. Nach einem neuen Planverfahren wurde das Konzept weiterentwickelt, unter anderem wegen veränderter pädagogischer Anforderungen und Vorgaben wie dem Gebäude Energie Gesetz. Dadurch seien die Kosten auf 26 Millionen Euro gestiegen. Diese Summe enthalte bereits Bauzeitindizierung und Risikozuschläge und sei nicht nur eine reine Kostenberechnung.

Herr Dr. Meerheim fragte nach, ob für das Projekt ausschließlich der Fachbereich 24 zuständig ist.

Frau Schultze stellte klar, dass die technische Gebäudeausrüstung nicht im Fachbereich Immobilien angesiedelt ist, sondern im Servicezentrum 604.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass er die Entwicklung als katastrophal empfindet. Er kritisierte, dass durch wechselnde Planer und schlechte Steuerung innerhalb kurzer Zeit massive Kostensteigerungen entstehen, wodurch andere seit Jahren diskutierte Schulprojekte wie die Heideschule gestrichen werden. Er warf der Verwaltung vor, Mittel falsch zu priorisieren und Projekte nicht in geordnete Bahnen zu lenken. Zudem bemängelte er, dass bei der Astrid-Lindgren-Schule ein kompletter Abriss erfolgt, obwohl ursprünglich nur ein Umbau geplant gewesen sei, während bei vergleichbaren Schultypen anders vorgegangen wurde.

Frau Schultze erklärte, dass es einen Variantenbeschluss gab, bei dem Stadtrat die Optionen Sanierung mit Anbau oder kompletter Abriss und Neubau vorgelegt wurden. Der Stadtrat habe sich dabei für den Komplettneubau entschieden.

Frau Brederlow sagte, dass neben den Finanzen auch fehlende Umsetzungskapazitäten ein zentrales Problem bei den Baumaßnahmen waren. Sie betonte, dass es darin lange erhebliche Defizite gab, sich die Situation seit dem Amtsantritt von Frau Schultze jedoch verbessert hat.

Herr Schachtschneider sagte, dass die Kostensteigerungen bei Bauprojekten zwar kritisch waren, der Stadtrat diesen aber wiederholt zugestimmt habe. Er betonte, dass die Situation sich in den letzten Jahren deutlich verbessert hat und heute mehr fachliche Kompetenz vorhanden ist, die auf Nachfragen reagieren kann. Er stellte klar, dass die Kritik nicht an Frau Schultze gerichtet ist und lobte, dass die Projektsteuerung inzwischen deutlich besser funktioniert als früher.

**zu 7.2 Dritte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale)
für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 – allgemeinbildende Schulen
Vorlage: VIII/2025/01990**

Herr Petzold stellte die Informationsvorlage vor.

Herr Scherer fragte, bis wann die Schulentwicklungsplanung beschlossen sein muss, damit die Ausschreibung der Schulplätze regulär stattfinden kann und Eltern rechtzeitig Orientierung erhalten.

Frau Brederlow erklärte, dass die Schulentwicklungsplanung bis Januar beschlossen sein muss, damit vor den Winterferien feststeht, welche Kapazitäten an welchen Schulen benötigt werden.

Frau Ranft informierte, dass einige nach dem letzten Bildungsausschuss unzufrieden mit der Konzeptvorstellung des Gymnasiums waren. Das Gymnasium habe sich daraufhin selbstständig bei ihr gemeldet. Sie erklärte, dass eine erneute Vorstellung des Konzepts im Bildungsausschuss möglich ist, dies aber vom Gymnasium abhängt.

Herr Dr. Meerheim fragte, wie viele Schüler von der ursprünglichen, selbstständigen Oberstufe der Heine-Schule noch übrig geblieben sind, die zum LFG wechseln sollten.

Herr Petzold erklärte, dass im Schuljahr 25/26 43 Schülerinnen und Schüler in der 11. Klasse der gymnasialen Oberstufe waren. Da dies unter der Gnadenfrist von 50 lag, sind die meisten dieser Schüler zum LFG gewechselt.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass die Entscheidung, die vier Schülerinnen und Schüler in der Kooperation zu belassen, schwierig nachzuvollziehen sei, da man hätte überlegen können, sie mit einer anderen Schule wie der KGS Humboldt zu koordinieren, um die Situation in Neustadt auszugleichen.

Herr Petzold stellte klar, dass die Entscheidung über die Kooperation nicht von der Verwaltung getroffen wird, sondern von der Schule im Rahmen der Gesamtkonferenz. Man könne Anregungen geben, wie etwa die Kooperation mit der KGS Humboldt zu prüfen, aber die Schulgemeinschaft hat mehrheitlich entschieden, weiterhin mit dem LFG zu kooperieren, und dies werde von der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

**zu 7.3 Mitteilung zur Veröffentlichung der „Richtlinie zur Bewilligung von kostenlosen Mittagessen (sog. Freitische) für Schüler und Schülerinnen allgemeinbildender Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Freitisch-Richtlinie
Vorlage: VIII/2025/02071**

Herr Scherer erkundigte sich nach der Regelung für Gastkinder beim Schulmittagessen. Er fragte, ob ausschließlich die Erziehungsberechtigten einen Antrag stellen können, damit ein Kind am Freitisch teilnimmt, und wies darauf hin, dass es auch eine legale Möglichkeit für Schulsozialarbeiter oder andere pädagogische Fachkräfte geben sollte, einem Kind eine warme Mahlzeit zukommen zu lassen. Er bemängelte, dass diese Variante in der aktuellen Regelung nicht berücksichtigt sei.

Herr Hiepe erklärte, dass von Amts wegen eines Antrags auf den Freitisch möglich ist, aber dass Elternbeteiligung notwendig sei, da bestimmte Informationen benötigt werden, um den Anspruch korrekt umzusetzen. Die Richtlinie sieht vor, dass Kinder, die in Halle wohnen, den Freitisch beantragen können. Gleichzeitig betonte er, dass die neue Richtlinie nach einer gewissen Zeit evaluiert wird, um zu prüfen, wie gut sie funktioniert und wo gegebenenfalls Nachsteuerungsbedarf besteht.

Frau Dr. Burkert regte an, dass die Satzung für den Freitisch in Halle ähnlich flexibel wie in Magdeburg gestaltet werden könnte. Dort können nicht nur die Sorgeberechtigten, sondern auch die Kinder selbst oder andere Personen einen Antrag stellen. Sie betonte, dass dies Einzelfallentscheidungen erleichtern würde, zum Beispiel wenn Lehrer oder Schulsozialarbeiter den Antrag stellen wollen, und dass es sinnvoll wäre, dass die Datenanforderungen klar in der Satzung geregelt sind, um den Prozess rechtssicher zu gestalten. Ziel sei, mehr Freiräume zu schaffen, auch wenn die Eltern nicht die ersten Antragsteller sind.

Frau Ranft fragte, ob erst B.U.T. abgeprüft werden muss und ob danach die Eltern den Antrag stellen müssen.

Herr Hiepe ergänzte, dass der Vorrang bei BuT-Leistungen liegt und dass es in Magdeburg keine offiziell veröffentlichte Freitischrichtlinie gibt. Es existiere lediglich ein Entwurfsantrag der Linken. Intern bei den Kollegen in Magdeburg liege seit einem Jahr ein Antrag vor, jedoch sei bislang kein Freitisch genehmigt worden.

Frau Dr. Burkert erklärte, dass ihre Information nicht von den Linken stammt, sondern dass sie auf der Website der Stadt Magdeburg, ottostadtmagdeburg.de, recherchiert habe. Dort sei unter dem Thema „Gewährung von Freitischen“ beschrieben, welche Unterlagen für einen Antrag erforderlich sind.

Herr Hiepe erklärte, dass sich die Situation vor zwei Wochen noch nicht so darstellte. Dennoch gelte weiterhin der Vorrang von BuT, und es bestehe auch hier eine Mitwirkungspflicht der Eltern.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Hans Christian Andersen – hier: Basketballkörbe und Fahrradbügel** **Vorlage: VIII/2025/01952**

Frau Dr. Burkert wies darauf hin, dass es bei der sanierten Schule 40 Fahrradabstellplätze auf dem Schulhof gibt, die allerdings nicht genutzt werden können, da die Tore verschlossen sind. Sie fragte, ob diese Fahrradbügel nicht sinnvoller eingesetzt werden könnten, beispielsweise an anderen Schulen wie der Schule am Ludwigsfeld, wo Bedarf besteht, statt auf einem nicht befahrbaren Schulhof zu stehen.

Herr Bürger wies darauf hin, dass es problematisch wäre, die Fahrradbügel von einem bestehenden Schulstandort abziehen und an einem anderen Standort einzusetzen. Er bot an, mit der Schule, vermutlich der Andersen, direkt zu sprechen, um eine Lösung zu finden, betonte jedoch, dass das Abziehen der Bügel ein falsches Signal wäre.

zu 9 **Anregungen**

zu 9.1 **Herr Sehrndt zu den Fahrradbügeln**

Herr Sehrndt brachte nochmals das Thema der Fahrradbügel zur Sprache. Er kritisierte, dass 40 Bügel im Wert von je 500 bis 600 Euro offenbar nicht nutzbar aufgestellt wurden und wies darauf hin, dass dies eine reine Geldfrage sei. Zudem machte er deutlich, dass ein einfaches Umsetzen der Bügel an einen anderen Standort nicht möglich sei, und äußerte damit seine Verwunderung über die Planung und Umsetzung.

Frau Ranft beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Melanie Ranft
stellv. Ausschussvorsitzende

Charlize Meisner
stellv. Protokollführerin